

Reinhold-Zeitung

Kreiszeitung

für den Kreis Ahaus

Gronauer Volkszeitung

Eper Volksblatt

Amthliches Organ für den Kreis Ahaus.

54. Jahrgang.

Geschäftsstelle in Gronau: Gebr. Penning, Verlagsanstalt GmbH, Bahnhofstraße 2, Fernsprecher Nr. 260. Bankkonten: Kreis- und Stadtkasse Ahaus, Gewerbank Ahaus und Stadt Sparkasse Gronau i. W. Anzeigenpreise: das 10spaltige Millimeter für die Kreiszeitung 10 Pfg., für die Kreiszeitung für den Kreis Ahaus 3 Pfg. Rabatt nach Tarif.

Verlag: Gebr. Penning, Verlagsanstalt G. m. b. H., Zweigniederlassung Ahaus.

Nummer 239

Freitag, den 31. August 1934

Jahrgang 1934

Tagesrundschau.

Ein früher und strenger Winter?

Der außerordentlich frühzeitige Beginn aller Vegetation in diesem Jahre hatte auch dazu geführt, daß einige Zugvögelarten, die ein sehr feines Vorempfinden für kommende Wettergestaltung besitzen, uns früher als sonst nach der winterlichen Abwesenheit wieder aufsuchten. Dafür haben uns die meisten Zugvögel dieses Jahr auch früher als sonst verlassen. So sind nach den Beobachtungen der Ornithologen die Schwalben bereits am 24. August, dem Bartholomäustag, nach dem Süden aufgebrochen. Das ist ungefähr 14 Tage früher als in den meisten anderen Jahren. Besonders auffallend ist es, daß auch die Kraniche und Kiebitze, die sonst ihre Winterreise erst im Oktober antreten, schon jetzt nach dem Süden ziehen. In dem verfrühten Beginn des Vogelzuges sehen Natur- und Wetterkundige ein Zeichen, daß uns ein vorzeitiger und strenger Winter erwartet. Der erste Schnee, der bereits in den deutschen Alpen gefallen ist, scheint diesen Sachverständigen recht zu geben.

Die Durchführung des Staatsjugendtages.

In wenigen Tagen gehen in Westfalen und in der Rheinprovinz die Sommerferien zu Ende, und dann tritt bekanntlich auch hier die Anordnung des Staatsjugendtages in Kraft, wie dies schon in den Teilen des Reiches der Fall ist, in denen der Juli der Monat der großen Schulferien ist. Aber zunächst wird der Staatsjugendtag noch nicht in vollem Ausmaß durchgeführt. Seine Regelung beruht bekanntlich auf einer Vereinbarung, die der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit dem Jugendführer des Deutschen Reiches am 7. Juni 1934 getroffen hat. Sie stellt fest, daß der Sonntag grundsätzlich dem Elternhaus gehört und daß Veranstaltungen der Reichsjugendführung auf die Werktage zu verlegen sind. Für die Erziehungsarbeit der Reichsjugendführung wird der Samstag als schulfreier Tag eingeplant. Daneben steht der Mittwochabend als Heimabend zur Verfügung. Für die beruflich tätige, der Reichsjugendführung unterstehende Jugend wird bis zum vollendeten 18. Lebensjahre die gleiche Regelung angestrebt. Auf Grund dieser Vereinbarung hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung durch Erlass vom 30. Juli 1934 bestimmt, daß die von ihm zugleich zu treffenden Maßnahmen für alle ihm unterstellten Schulen, aber zunächst nur für das Jungvolk, die Vorstufe der Hitlerjugend, gelten. Anordnungen für die Hitlerjugend, für die sich die Regelung schwieriger gestaltet, weil es sich bei ihr nicht nur um die Oberstufe der höheren Schulen, sondern vor allem auch um die Lehrlingsjugend handelt, für die die Regelung auch gültig werden soll, werden in Wälde folgen. Mitin gilt das Abkommen für die dem Jungvolk angehörenden Schüler und Schülerinnen vom 10. bis zum 14. Lebensjahr, in den höheren Schulen für die Schüler der Klassen bis VIII einschließliche. Sie sind jeden Samstag vom Schulbesuch befreit. Eine Kürzung des wissenschaftlichen Unterrichts soll jedoch möglichst unterbleiben. Unumgängliche Streichungen an Unterrichtsstunden dürfen jedenfalls nicht Deutsch und Geschichte und die Fächer treffen, die durch stärkere Hervorhebung der Biologie bereits Kürzungen erfahren haben. Die nicht dem Jungvolk angehörenden Schüler haben an den Samstag den Unterricht, und zwar werden sie in zwei Stunden besondere nationalpolitische Unterweisungen erhalten, eine Stunde soll nach Möglichkeit dem Wertunterricht (Hauswirtschaftsunterricht für Mädchen) gewidmet werden und der Rest den Leibesübungen gehören, die als Ordnungsbildungen, Körperkultur, Leistungsturnen, Übungen für den Geländesport mit Kartenlesen, Orientierung im Gelände usw. durchzuführen sind. In jedem Wertesjahr einmal wird der Samstag einer allgemeinen Schulwanderung aller Schüler und Lehrer dienen.

Arbeitschlacht und Sozialversicherung.

Eine erstmalige Übersicht über die tatsächlichen Auswirkungen der Erfolge der Arbeitschlacht für die Sozialversicherung stellt der Sachreferent im Reichsfinanzministerium Geheimrat Dr. Poerschke in der „Sozialen Praxis“ auf. Man kann daraus folgende erfreulichen Feststellungen entnehmen:

Die Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung stiegen im Januar 1934 auf 51,5 Millionen RM, die der Angestelltenversicherung auf 23,8 Millionen; im Dezember 1933 hatte die Invalidenversicherung bereits 68,2 Millionen, die Angestelltenversicherung 26,9 Millionen RM. Beitragseinnahmen. Am Juni 1934 stiegen sich die Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung gar auf 73 Millionen, während die der Angestelltenversicherung 26,6 Millionen betrugen. Daß die Steigerungstendenzen bei der Angestelltenversicherung nicht so stark hervortritt, hat, wie Dr. Poerschke ausführt, die verschiedensten Ursachen, so, daß die öffentliche Arbeitsbeschaffung in erster Linie Handarbeiter zunächst erfaßt und daß gleichzeitig bei den Angestellten eine Umstellung in der Besetzung der Arbeitsplätze durch Einstellung von Männern statt weiblicher Kräfte vor sich ging. Die starke Verminderung der Zahl der Erwerbslosen hat sich, wie in dem Aufsatz weiter gesagt wird, natürlich auch günstig auf die Einnahmen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und auf die Unterstützungsausgaben ausgewirkt. Während die Ausgaben zur Arbeits- und Krisenfürsorge in dem Berichtszeitraum Januar bis März 1934 390 Millionen betrugen, stellten sie sich in der gleichen Zeit 1934 nur noch auf 254 Millionen. Die Barleistungen der Arbeitsfürsorgeverbände für die Wohlfahrtserwerbslosen für Januar bis März 1934 auf 262 Millionen in der gleichen Zeit 1934 gesenkt werden. Andererseits stiegen die Einnahmen der Reichsanstalt aus Beiträgen und Arbeitslosenhilfe von 356 Millionen im Berichtszeitraum 1933 auf 394 Millionen im Abschnitt 1934. Die Wohlfahrtshilfe des Reiches an die Arbeitsfürsorgeverbände konnte von 240 Millionen in der Zeit von Januar bis März 1933 auf 130 Millionen für den gleichen Zeitraum 1934 gesenkt werden.

Mehrjähriges Vollmoratorium für Deutschland notwendig.

Gleichzeitig Herabsetzung der Auslandsschulden auf ein tragbares Maß.

Dr. Schacht über das internationale Schulden- und Kreditproblem.

DR. SCHACHT, 30. August.

Auf der internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft, die seit einigen Tagen hier tagt, sprach heute der mit der Führung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragte Reichsbankpräsident Dr. Schacht über das internationale Schulden- und Kreditproblem.

Er wies zunächst nach, daß der Status der großen Notenbanken die Bahn für einen weltwirtschaftlichen Aufschwung nicht versperre und daß genügend Geld vorhanden sei, das lediglich auf Ausbarmung warte. Der zu hohe Kapitalismus erlaube sich im letzten Grunde nur daraus, daß die Politik jede Atmosphäre des internationalen Vertrauens, die für langfristige Anlagen unentbehrlich sei, noch immer nicht geschaffen habe. Der Kapitalist hielt von jeder der Umringung eines waffenlosen Staates im Herzen Europas durch hochgerüstete Nachbarn für eine künftige Bedrohung des Weltfriedens. Die Unbeständigkeit des Konjunkturauftriebs beruhe in der Hauptsache auf der Anhebung durch künstliche Maßnahmen, die zwar unbedingt notwendig seien und

sich auf die einzelnen Länder beschränkten und auch eine unentbehrliche Voraussetzung für die Anbahnung einer Weltkonjunktur schafften; die Weltkonjunktur selbst aber könne nur entstehen, wenn sich die Einzelkonjunkturen vermittels des Welt Handels zusammenfänden.

Dr. Schacht gab dann ein Bild von der Gestaltung der Rohstoffpreise.

Heute werde die Farm- und Plantagenwirtschaft fast aller überseeischer Länder nur durch künstliche Maßnahmen der Staaten notdürftig am Leben erhalten. Die Nachfrage verlange im fünften Jahre der Krise noch ebenso wie im ersten.

Die derzeitige Währungszerüttung spiele nur infolge einer Rolle, als einmal die Befürchtung bestände, die noch bei der Goldparität verbliebenen Länder würden bald ebenfalls devalvieren müssen, andererseits die Währungsentwertungen den Handelsbilanzausgleich zwischen den Gold- und den Entwertungsländern immer schärfer erklärten.

Der Kern der Sache sei aber der, daß zunächst der Stützpunkt der Weltwirtschaft beseitigt werden müsse, der beide Erscheinungen, nämlich die mangelnde Stabilisierung der Währungen und die Handelshemmnisse verursacht habe. Dieser Zerstückelungsfaktor sei die politische Verschiebung aus dem Weltkrieg.

Vor dem Kriege habe es politische, ohne wirtschaftlichen Gegenwert entfallende Zahlungen nicht gegeben.

Dr. Schacht schilderte dann eingehend die organischen Verhältnisse der Weltwirtschaft und Weltwirtschaft vor dem Kriege, wogegen der Weltkrieg diesen organisch aufgebauten Weltwirtschaftsmechanismus zerstört habe. Er wies weiter die völlige Veränderung des weltwirtschaftlichen Geschehens durch die Entwicklungen in den einzelnen Ländern und Erdteilen infolge dieses Kriegsausgangs nach. Auch hinsichtlich der Zinsfrage zeigte sich, daß Deutschland allein den verlorenen Krieg zu bezahlen hatte. Seit 1918 sei die Wirtschaft von der Politik erdrückt worden. Das Versailles Diktat hatte, wie es Adolf Hitler einmal knapp aber erschöpfend formuliert habe, die Tendenz, Deutschland die Lebensmöglichkeit zu nehmen.

Eingehend setzte sich dann Dr. Schacht mit dem Reparationsproblem und der dann vorgenommenen Verschleierung des Reparationsproblems auseinander.

Völlig unverhältnismäßig war das Verhalten der internationalen Finanz im Jahre 1931 selbst. Wenn man ein Problem mit Hilfe des internationalen Kredits lösen wollte, dann dürfe man die zu diesem Zweck gewährten Kredite nicht plötzlich in Milliardenbeträgen zurückrufen.

Man sollte wenigstens ehrlich zugeben, daß die Fehler der Politiker und die Ohnmacht der Wirtschaftler zu Lasten des Auslandes gehen und sollte sich den ausbleibenden Versuch scheitern, das deutsche Transferproblem damit zu erklären, daß Deutschland die Auslandskredite falsch verwendet habe. Deutschland könne sich darauf berufen, daß es seine Auslandsanleihen unter dem Zwang des verschuldeten Reparationsproblems angenommen habe. Bei den ausländischen Staaten entfallte dieses Argument. Deutschland war mit Auslandskapital nicht begabt; sollte es Reparationen zahlen, so brauchte es Abnehmer für seine Waren, und diese Abnehmer konnten in erster Linie die unentwärteten Länder sein.

Dr. Schacht wies dann nach, daß Deutschland im Verlauf von drei Jahren (unter Berücksichtigung der Entwertung ausländischer Währungen) 11 Milliarden RM, d. h. mehr als seine gesamte unpolitische Verschuldung, abgetragen habe, und kennzeichnete die rigorosen Maßnahmen, die Deutschland zur Erreichung dieses Zieles getroffen hatte. Heute ist Deutschlands Transferfähigkeit völlig erschöpft. Die Reparationen, die heute leider nicht mehr den Regierungen, sondern gutgläubigen Privatleuten geschuldet werden, kann es nicht mehr aus eigener Kraft regulieren. Den Beweis dafür, daß es sich hierbei um ein Weltproblem handelt, liefert die Entwicklung der Weltkrise selbst. Ihre ungeheure Verschärfung ist durch den Abbruch der Auslandsgelder aus Deutschland verursacht.

Die Handelshemmnisse des Auslandes zeigen klar, daß die Weltwirtschaft ein Maß deutscher Ausfuhr, wie es die Verzinsung und Abtragung der deutschen Verschuldung erforderlich gemacht hätte, einfach nicht bei sich aufnehmen vermöchte bzw. wünschte. In dieser Unmöglichkeit liegt der Kernpunkt des deutschen Schuldenproblems.

Unter solchen Umständen ist es zwecklos und unsinnig, durch irgendwelchen Druck auf Deutschland Zahlungen erzwingen zu wollen. Die Rolle, die Deutschland im Weltmarkt spielt, zeigt, daß eine Beendigung der Weltkrise ohne Bereinigung der deutschen Auslandsschuldung höchst unwahrscheinlich ist.

Dr. Schacht wandte sich auch gegen die Vorwürfe, daß Deutschland selbst nichts oder nicht genug beigetragen habe, um das Auslandsschuldenproblem zu lösen. Die „klassische Theorie“, die Ermöglichung nämlich des Transfers durch entsprechenden Druck auf das Preisniveau, sei der Schwere der allgemeinen Weltkrise heute nicht mehr gewachsen. Die deutsche Deflationspolitik habe überdies die traurige Erfahrung machen müssen, daß sich die wirtschaftliche Vernunft der Welt in umgekehrter Richtung entwickelt habe. Das Ausland habe nicht daran gedacht, die verbilligten deutschen Waren aufzunehmen. Dr. Schacht wies in diesem Zusammenhang auch die Abwegigkeit des Vorschlags einer Devaluation nach. Deutschland sei heute gezwungen, mit aller Energie die Ausbeutung seiner einheimischen Rohstoffquellen zu betreiben, die Verwendung von Ersatzstoffen zu forcieren und dergleichen.

Es habe wenig Wert, daß man uns vorhalte, Deutschland schade sich damit selbst. Uns bleibe kein anderer Weg übrig, aber eine solche Entwicklung könne die Weltwirtschaft nicht gleichgültig lassen. Grundfalsch sei es, das internationale Schuldenproblem lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkt zu betrachten. In Deutschland sei die Gefahr der Bolschewisierung vom Nationalsozialismus in letzter Stunde abgewendet worden. In vielen ausländischen Staaten gäre es aber nicht unbedenklich. Gesellschaftsfeindliche Elemente, Verbrecher und Plünderer habe es zu allen Zeiten und in allen Ländern gegeben. An die Oberfläche können sie nur dann dringen, wenn ihnen die wirtschaftliche Not einen Zugang eröffnet. Man habe im Ausland vielfach nicht daran geglaubt, daß Deutschland ernstlich vom Kommunismus bedroht war. Dauere die Krise noch länger an, so dürfe

600 000 amerikanische Textilarbeiter treten in den Streik.

Beginn in der Nacht zum Sonntag.

Washington, 30. August.

Der Streik der Textilarbeiter, auf dessen Abwendung man bis gestern noch einige Hoffnungen gesetzt hatte, ist nunmehr doch unvermeidlich geworden. Die zentrale Streikleitung hat die Anweisung zum Streikbeginn herausgegeben. Die Arbeitsereignisse erfolgen in der Nacht zum Sonntag um 23 Uhr bei Schichtwechsel. Es werden zunächst 1500 Betriebe und 600 000 Arbeiter betroffen. Außerdem aber arbeitet man an Plänen, um die Arbeiterschaft verwandter Industrien zu Sympathiestreiks zu veranlassen.

In einer Rundfunkrede erklärte am Mittwochabend der Präsident des amerikanischen Arbeitervereins, Green, der Zustand der Textilarbeiter sei gerecht, da der Baumwollcode des Wiederaufbauprogrammes der Regierung die gehegten Erwartungen nicht erfüllt habe. Es sei weder die in Aussicht genommene Lohnerhöhung,

noch die erhoffte Zunahme der Zahl der Beschäftigten zustande gekommen.

Der Ausgabe der Streikparole ging voraus, daß die Arbeitgeber am Mittwoch die Teilnahme an einer Konferenz mit der Schlichtungsbehörde und den Arbeitnehmern mit der Begründung ablehnten, daß die Streikdrohung einen direkten Zwang auf die Regierung zwecks Abänderung des gesetzlichen Codes darstelle. Sie öffnete ähnlichen „Erpressungen“ in anderen Industriezweigen Tür und Tor. Die Gewerkschaftsführer betonten ihre Absicht, den Streik gewaltlos durchzuführen, beschuldigten jedoch die Unternehmer, ihre Werke mit Gasbomben und Waffen ausgerüstet zu haben.

Den Arbeitervereinen in der Kunstseide, Seiden- und Wolllindustrie ist mitgeteilt worden, daß sie sich für eine Teilnahme am Baumwollarbeiterstreik bereithalten müssen. Die Streikleitung erwartet in der Annahme, daß die Unternehmer uneinig sind, eine erfolgreiche Beendigung des Ausstandes.

Um den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund.

Ist die Zweidrittelmehrheit für die Aufnahme gesichert?

London, 30. August.

Vom Foreign Office verlautet, daß die Sondierungen von Seiten der diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens im Zusammenhang mit der Frage des Eintritts Sowjet-Rußlands in den Völkerbund in den verschiedenen Hauptstädten bereits im Gange sind und daß dahingehende Mitteilungen von Völkern und Gelehrten teilweise schon in London vorliegen. Es wird betont, daß auch die deutsche Regierung unter den Staaten ist, über deren Stellungnahme man sich Gewißheit verschaffen will.

Die amtliche Bestätigung des Foreign Office ist infolge von besonderer Bedeutung, als sie unmittelbar auf einen sensationell aufgemachten Bericht des sozialistischen „Daily Herald“ folgt. Der diplomatische Korrespondent dieses Blattes schreibt, Anfang dieser Woche habe besonders in Paris die bestimmte Erwartung bestanden, daß der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund glatt von staten gehen werde. Jetzt aber glaube man zu wissen, daß es eine Anzahl feindlicher Stimmen geben werde. Die Schweiz werde höchstwahrscheinlich gegen die

Aufnahme der Sowjetunion stimmen, Holland, vermutlich auch. Andere Staaten wie Canada, Belgien, Ungarn und eine Anzahl mittelamerikanischer Staaten zögerten noch. Zwar seien in der Völkerbundversammlung 18 ablehnende Stimmen notwendig, um die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zu verhindern, aber die Zahl der gegnerischen Staaten erreiche diese Ziffer nicht. Es sei immerhin zweifelhaft, ob die Sowjetregierung das Risiko einer Ablehnung eingehen wolle. Ferner wäre es denkbar, daß starker Widerstand in der Versammlung Veranlassung zu Intrigen im Völkerbundsrat geben werde. Die britische Regierung und die französische Regierung hätten die Lage so ernst auf, daß sie Schritte unternähmen, um die Haltung jedes noch unentschiedenen Staates genau festzustellen.

In sowjetrussischen Kreisen Londons verlautet am Donnerstag, daß es unmöglich sei, den Bericht von der Bildung eines Staatenbundes, der sich der Zulassung Rußlands zum Völkerbund widersetzen würde, zu bestätigen oder zu dementieren. In politischen Kreisen Londons beschäftigt man sich bereits lebhaft mit der Frage, ob Sowjet-Rußland auf der bevorstehenden Genfer Tagung die genügende Zweidrittel-Mehrheit finden wird, die für den Eintritt in den Völkerbund benötigt wird.

manches Land aus eigener Erfahrung heraus seine Ansichten ändern.

Dr. Schacht zeichnete dann zwei theoretische Lösungsmöglichkeiten:

1. die deutschen Waren werden von allen Erzeugnissen freigelegt,
2. die deutschen Schulden werden gestrichen.

Da beide Wege nicht denkbar seien,

musste der praktisch mögliche Weg in der Mitte liegen, und zwar in der Richtung, daß die Regierungen der Gläubigerstaaten in eine erhöhte Abnahme deutscher Warenlieferungen und die Gläubiger in eine Herabsetzung ihrer Schuldenforderungen einwilligen.

Ein solcher Mittelweg hätte noch vor ein oder zwei Jahren allein Erfolg versprochen. Heute reicht er nicht mehr aus. Deutschland könne heute seinen Schuldendienst nur unter einem vergrößerten Weltmarktdruck leisten, in das es aber unter dem Druck des internationalen Deflationsprozesses nicht hineinwachsen könne.

Es werde daher nichts anderes übrig bleiben, als ihm ein mehrjähriges Stillmoratorium zur Erholung zu gewähren. Gleichzeitig werde man die Last der Auslandsschuldung auf ein Maß zurückführen müssen, das nach Ablauf des Moratoriums auf die Dauer getragen werden könne.

Wenn ein internationales Abkommen diese beiden Voraussetzungen sicherstelle, so sei das entscheidende Hemmnis für eine Weltmarktschöpfung beseitigt. Es werde sich dann von selbst ergeben, daß Deutschland diejenige Warenkredit erhalte, die es ihm gestatten, seine normale Kaufkraft auf dem Weltmarkt auszuüben. Solche Warenkredite liquidieren sich von selbst und sie waren von jeher die unentbehrliche Brücke im Warenaustausch der Völker.

Dr. Schacht richtete zum Schluss einen starken Appell an die weltwirtschaftliche Vernunft. Es sei Deutschlands Pflicht, darauf hinzuwirken, daß jeder verlorene Monat seine internationale Leistungsfähigkeit zwangsläufig verringert, den Weltmarkt weiter schrumpfen läßt, die Weltkrise verlängert und ihre Beilegung erschwert.

Hindenburg bittet um seine Verwendung im Weltkrieg.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht am Donnerstag in Karlsruhe zwei Briefe vom 12. August 1914 und vom 9. November 1914, die der damalige General der Infanterie, General von Hindenburg, an den Generalleutnant und Generalquartiermeister von Stein gerichtet hat. Die Briefe, die Pastor von Stein in Muehlburg, der Sohn des ehemaligen Generalquartiermeisters, zur Verfügung gestellt hat, haben folgenden Wortlaut:

Hannover, den 12. August 1914.
Wedeckstr. 15.

Sehr verehrter Herr von Stein!

Im Vertrauen auf unsere alte Bekanntschaft kurz meine Bitte:

Denken Sie meiner, wenn noch im Laufe der Dinge irgendwo ein höherer Führer gebraucht wird!

Ich bin körperlich und geistig durchaus frisch und war daher auch bis vorigen Herbst trotz meiner Verabshiedung befehligen. Dabei kann Ihnen darüber Näheres berichten.

Mit welchen Gefühlen ich jetzt meine Altersgenossen ins Feld ziehen sehe, während ich unerschuldet zu Hause sitzen muß, können Sie sich denken. Ich schäme mich, über die Straße zu gehen.

Antwort auf diese Zeilen erwarte ich nicht. Sie haben Wichtiges zu tun. Ihre Rückkehr in den Generalstab habe ich mit aufrichtiger Freude begrüßt. Gott sei mit Ihnen!

Stets in alter, treuer Kameradschaft Ew. Ezzellens sehr ergebener

von Hindenburg, Otkheer. 9. 11. 14.
Ew. Ezzellens

danke ich herzlich für Ihre freundlichen Zeilen vom 5. November, die mich heute erreichten.

Ich bin Ihnen aufrichtig dankbar dafür, daß Sie mich ausgegraben haben und glücklich darüber, wieder etwas leisten zu können. Ihnen von Herzen alles Gute wünschend in alter treuer Kameradschaft

Ew. Ezzellens aufrichtig ergebener
von Hindenburg.

Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen Deutschland und Schweden.

DNB Berlin, 30. August.

Zwischen Vertretern der deutschen und der schwedischen Regierung haben seit einiger Zeit Verhandlungen über die Regelung der Zahlungen im Warenverkehr und über ein Transferabkommen stattgefunden.

Belgrad schießt scharf.

Starke Presseangriffe auf Italien und Oesterreich.

DNB Belgrad, 30. August.

Die halbamtliche „Breme“ widmet am Donnerstag ihren Leitartikel der Breme der Angriffe der italienischen und österreichischen Presse. Gleichzeitig antwortet das Blatt mit neuen scharfen Gegenangriffen. Es führt u. a. aus: Südslawien sei jener Staat, der der Antikriegsallianz sein könnte. Belgrad habe hinreichend Beweismaterial und sei in der Lage, vor der Weltöffentlichkeit die Frage aufzurollen, ob nicht alle Kräfte und Anstrengungen, die in den letzten Jahren das österreichische Volk ertragen habe, die Folge der aufdringlichen Einmischung Italiens in die österreichische Innenpolitik seien. Rom verfolge eben das Ziel, aus Oesterreich eine Kolonie zu machen, ebenso wie es das schon mit Albanien versucht habe. Der neueste Feldzug gegen Südslawien, bei dem die „Reichspost“ (das christlich-sozialistische Regierungsorgan in Wien) oorgeschoben worden ist, gehe nur auf das schlechte Gewissen Italiens zurück, das vor den Folgen seiner neuen Einmischung in fremde innenpolitische Angelegenheiten zu jammern scheine. Es sei eine außerordentlich bezeichnende

funden. Diese Verhandlungen haben jetzt zum Abschluss von Vereinbarungen geführt, die im wesentlichen das folgende vorsehen:

Die Bezahlung der beiderseitigen Warenausfuhr erfolgt über Verrechnungskonten, die die Reichsbank und das schwedische Verrechnungsamt sich gegenseitig einrichten. Die Benutzung dritter Währungen wird für die Abwicklung des Warenverkehrs zwischen beiden Ländern damit überflüssig. Das Abkommen geht davon aus, daß Deutschland aus der Aktivität seiner Handelsbilanz ein Devisen-Überschuß verbleiht. Dieser Überschuß steht laufend zur freien Verfügung der Reichsbank, nachdem ein Teil desselben für Zwecke des Transfers von Zinsen der Reichsanleihe,

nämlich der Dawes-, Young- und Kreuger-Anleihe und, sofern der Devisenüberschuß einen bestimmten Betrag übersteigt, auch der privaten Anleihe abgewandt worden ist. Dabei ist Vorsorge getroffen, daß die zur Befriedigung der privaten Zinsgläubiger verwendeten Beträge nicht zu einer Minderung des für die Reichsbank bestimmten freien Devisenalters führen, sondern vielmehr aus erhöhten deutschen Warenbezügen aufgebracht werden. Schließlich verzichten die Gläubiger aus der Kreuger-Anleihe und den privaten Anleihe, soweit sie auf Grund des Abkommens befristet werden, auf einen wesentlichen Teil ihrer Zinsansprüche. Die dadurch freiwerdenden Beträge dienen der deutschen Ausfuhrförderung.

Endlich einmal Einschreiten der Regierungskommission.

Gegen Schwindelmeldungen der Saargeparatisten.

DNB Saarbrücken, 30. August.

Die Regierungskommission steht sich endlich einmal veranlaßt, gegen die verlogene Hege der deutsch-feindlichen Presse einzuschreiten. Vor einigen Tagen machte eine Sensationsmeldung durch die Separatistenpresse die Runde, in der behauptet wurde, daß ein französischer Staatsangehöriger in Saarbrücken aus politischen Gründen „von den Nazis mißhandelt“ worden sei. Die hiesigen Blätter behaupten in diesem Zusammenhang, daß die Polizei ein Einschreiten abgelehnt habe. In der üblichen Aufmachung und Kommentierung wurde die Meldung sodann vom Straßburger Sender und von der französischen Presse zum willkommenen Anlaß genommen, die Disziplin der Deutschen Front zu verächtlichen und die üblichen Behauptungen von Terror und Aufständen seitens der deutschfeindlichen Bevölkerung zu wiederholen. Dabei fehlt es nicht an heftigsten Angriffen gegen die hiesige Polizei, der mangelnde Objektivität und bewusste Pflichtverletzung vorgeworfen wurden. Am Donnerstag hat nun die Regierungskommission dem separatistischen „Saarländer Journal“ in Form einer Aufforderung eine Richtigstellung zugehen lassen, in der sie deren Darlegung der Vorfälle als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Sie steht sich veranlaßt, festzustellen, daß es sich bei den Vorkommnissen um eine Schlägerei ohne politischen Charakter gehandelt habe. Die nach der Schlägerei zur rechts ihrer Pflicht nachgekommen und hätten die Verfolgung der Täter sofort aufgenommen. Die Regierungskommission betont, daß die an der Angelegenheit beteiligten Polizeibeamten von ihrem Vorgehen nicht zur Rechenschaft gezogen worden seien, da hierfür nicht der geringste Grund vorgelegen habe.

Legenheit beteiligten Polizeibeamten von ihrem Vorgehen nicht zur Rechenschaft gezogen worden seien, da hierfür nicht der geringste Grund vorgelegen habe.

Acht Tage mußten verstreichen, ehe sich die Regierungskommission veranlaßt sah, den wahren Tatbestand klarzustellen. Dieser besonders trasse Einzelfall planmäßiger Brunnengiftung, den zurechtzuweisen die Regierungskommission diesmal nicht umhin konnte, wird den übrigen Völkerverbündungsorganen und dem neuernannten Abstimmungsgericht die Augen darüber öffnen, mit welchen gewissenlosen Mitteln hier gearbeitet wird, um unter allen Umständen die Atmosphäre zu vergiften. Die Völkerverbündungsorganen werden nicht umhin können, die Separatistenpresse auch fernerhin auf ihre wahrheitsgemäße Berichterstattung hin ständig zu beobachten. Nur so kann eine Beurteilung der Ruhe und Ordnung ermöglicht und gewährleistet werden.

Geschlossene kommunistische Veranstaltungen im Saargebiet wieder gestattet.

DNB Saarbrücken, 30. August.

Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ meldet heute triumphierend, daß die Regierungskommission des Saargebietes das am 19. April 1933 ausgesprochene Verbot der geschlossenen kommunistischen Veranstaltungen aufgehoben habe.

Die Regierungskommission ist somit gewillt, der üblichen Hege, die gerade von separatistischer Seite ausgeht und die unter allen Umständen eine gewaltsame Veränderung der Verhältnisse im Saargebiet erstrebt, Tür und Tor zu öffnen.

Der Stand der Strafrechtsreform.

Reichsjustizminister Dr. Gürtner erstattet Bericht.

Berlin, 30. August.

Die Übernahme der Macht durch die Regierung des Dritten Reiches hat die Grundlagen geschaffen, um das Werk der Erneuerung des Strafrechts mit Aussicht auf Erfolg in Angriff zu nehmen. Die im Auftrage des Reichspräsidenten berufene amtliche Strafrechtskommission hat einen den Anschauungen und Bedürfnissen des neuen Staates entsprechenden Entwurf eines Strafgesetzbuches ausgearbeitet.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Strafrechtsreform berichtet Reichsjustizminister Dr. Gürtner am Mittwochabend bei einem Presseempfang im Reichsjustizministerium.

Die dringenden und wichtigsten Glieder der Gesamtreform, so führte er aus, seien von der nationalsozialistischen Regierung durch die Novellengesetzgebung vorweggenommen, insbesondere der Kampf gegen die Gewohnheitsverbrechen sowie gegen Hochverrat und Landesverrat. Gleichzeitig seien die Vorarbeiten für die Reform des Strafgesetzbuches in Angriff genommen worden. Das neue Strafrecht habe vom Standpunkt der Gemeinschaft aus orientiert werden müssen.

Der Reichsjustizminister entwickelte im einzelnen die wichtigsten Grundzüge des neuen Strafrechts. Am Ausgangspunkt standen die Lebensrechte, der Rechtsfriede, der Arbeitsfrieden und das Wohl des Volkes. Besonders ausführlich vertrat sich Dr. Gürtner über das Willens-Strafrecht. Das geltende Recht zwingt den Richter, den Versuch unter allen Umständen milder zu bestrafen als das vollendete Verbrechen. Dieser Grundgedanke ist im kommenden Recht nicht mehr. Es werde die Gegenwirkung gegen den Verbrecher schon eintreten, wenn der verbrecherische Wille sich im Anfang einer Tat offenbare.

Der Versuch sei grundsätzlich so zu bestrafen wie die Vollendung. Die Frage, ob der Versuch gelungen sei, könne allerdings bei der Strafzumessung eine Rolle spielen.

In den Bereich der vollen Strafbrohung trete der Verbrecher jedenfalls schon dann, wenn er den verbrecherischen Willen durch Handlungen ausbreite.

Der bisherige Grundgedanke, daß niemand bestraft werden könne, es sei denn, daß der Verbrecher das Gesetz erfüllt werde, habe dazu geführt, daß es dem gewissen

Verbrecher gelingen konnte, durch die Mäßen des Gesetzes zu schlüpfen. Es sei natürlich nicht möglich, alles vorher zu bedenken, was geschehen könne, und es werde immer Fälle geben, auf die der Buchstabe des Gesetzes nicht anwendbar sei. Deshalb mußte man von der Einengung weglassen, daß der Buchstabe des Gesetzes erfüllt sei. Der Vorstoß der Kommission sei völlig gemeinverträglich und einfach:

„Die Tat nicht ausdrücklich für straffrei erklärt, aber eine ähnliche Tat im Gesetz mit Strafe bedroht, so ist dieser Grundgedanke anzuwenden, wenn der zugrunde liegende Rechtsgehalt den gefundenen Volksanschauungen entspricht.“

Die Kommission legte sich in bewußten Gegensatz zu dem geltenden geltenden Recht. Sie legte sich aber nicht in Gegensatz mit dem normalen Rechtsempfinden des Volkes. Die Unfreiheit des Richters werde dadurch beseitigt, daß man ihm die Möglichkeit gebe, auch dann eine Strafe zu verhängen, wenn nicht der Buchstabe, sondern der Sinn des Gesetzes erfüllt werde.

Das Strafrecht könne lediglich von dem Standpunkt aus betrachtet werden, das Gemeinwohl des Volkes in eine gewisse Ordnung zu bringen. Die Forderungen der Gerechtigkeit aber seien andere als die des Rechts. Die Kommission habe das Bestreben gehabt, auch die Form des Gesetzes dem Volke näher zu bringen und ihm verständlich zu machen.

Staatssekretär Dr. Freisler sprach von den verschiedenen vergeblichen Versuchen, die in der verflochten parlamentarischen Zeit gemacht worden seien, um ein neues Strafrecht zu schaffen. Er schilderte die umfangreichen Arbeiten, die in der Kommission, die er die Werkstatt des Rechts nannte, festgehalten worden seien, in der Wissenschaftler, Praktiker und Theoretiker, Männer mit revolutionären Gedanken und Männer, die mit Recht stolz auf ihre in Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen seien, zusammenarbeiteten. Er hob mit besonderer Anerkennung die Arbeit des Reichsjustizministers Dr. Gürtner und des Reichsministers Reril bei den Kommissionsarbeiten hervor. Das neue Strafrecht diene dem Zweck, einer Untat die Sühne folgen zu lassen, die Grundlagen des völkischen Gemeinschaftslebens zu kräftigen und aufrechtzuerhalten; es werde die Linie der Vordrängung weit vordringen gegenüber dem bisherigen Recht und so ein Ausbruch der bewußt kämpferischen Zeit sein.

Um der Öffentlichkeit einen Einblick in die bisherigen Arbeiten der amtlichen Strafrechtskommission zu gewähren, hat der Reichsminister der Justiz vor kurzem im Verlage Franz Baehlen unter Mitwirkung einiger an der Kommissionsarbeit beteiligter einen ausführlichen Bericht „Das kommende deutsche Strafrecht“, allgemeiner Teil, erscheinen lassen, in dem die wichtigsten Fragen erörtert werden.

Maxim Gorkis Werke beschlagnahmt.

DNB Berlin, 30. August.

Gemäß Verordnung vom 4. Februar 1933 für das Land Preußen wurden nach Mitteilung des „Deutschen Kriminalpolizeiblattes“ sämtliche von Maxim Gorki verfaßten und in deutscher Sprache erschienenen Druckchriften beschlagnahmt und eingezogen.

Dr. Schuschnigg über Katholizismus und Protestantismus.

DNB Wien, 30. August.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hielt am Mittwoch bei einer Tagung von katholischen Religionslehrern in Mariazell, dem bekannten steirischen Wallfahrtsort, eine Rede, in der er auch auf das Verhältnis zwischen der katholischen und der protestantischen Konfession zu sprechen kam. Dr. Schuschnigg sagte u. a., man habe mehr als einmal versucht, das katholische und das evangelische Glaubensbekenntnis gegeneinander auszuspielen und versuche es heute wieder. Wirklich positive Christen würden ihr Bekenntnis, das ihnen eben Bekenntnis ist, nicht gegeneinander auspielen lassen. Ein Christentum, das lediglich in der Negation des anderen bestehe, das lediglich aus durchgängigen politischen Gründen propagiert werde, das sei keine Konfession, sondern eine politische Ungelegenheit. „Wir werden alles daran setzen, daß es keinen konfessionellen Zwist zwischen jenen gibt, denen ihr Bekenntnis Glaubens- und Herzenssache ist. Sie stehen gleichen Rechts vor uns, aber man verschone uns mit dem Vorwurf, daß der Katholizismus in Oesterreich politisiere.“

Weiter erklärte der Kanzler, es würde eine nationale Mission sein, einen Fußbreit österreichischen Bodens irgendwem und irgendwem preiszugeben. Das sei der rechte deutsche Kurs, der in der katholischen Religionskunde in Oesterreich gelehrt wurde.

Hans Albers bei einer Filmaufnahme verunglückt.

Oslo, 30. August.

Die hiesigen Blätter berichten über einen aufregenden Zwischenfall bei Filmaufnahmen, der dem deutschen Schauspieler Hans Albers beinahe das Leben gekostet hätte. Der Vorfall ereignete sich bei Aufnahmen für den Film „Peer Gynt“, die gegenwärtig in der Nähe der kleinen Stadt Gaagan, südlich von Hortensjord, gedreht werden.

In einer besonders gefährlichen Szene mußte Hans Albers in einen fahrenden Wagen springen, in welchem zwei Brautjungfern saßen. In dem Augenblick, als Albers auf den Wagen sprang, schauten plötzlich die Pferde, gingen durch und rissen einen heißen Seilzug hinunter. Mit größter Anstrengung gelang es Albers schließlich, die Pferde herumzureißen. Dadurch wurde im letzten Augenblick ein Absturz in eine 30 Meter tiefe Gleitspalte verhindert. Hans Albers und zwei norwegische Schauspielerinnen, Ezzati und Leisang, wurden dabei aus dem Wagen geschleudert und erlitten Verletzungen. Fräulein Ezzati wurde am Schenkel verletzt. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung und Hüftverletzungen und mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden.

Holländische Maßnahmen gegen ausländische Arbeitnehmer.

Ausländer dürfen in Holland nur gegen Arbeits-erlaubnis beschäftigt werden.

DNB Haag, 30. August.

Vom 30. August ab darf kein holländischer Arbeitgeber einen Ausländer mehr beschäftigen, der nicht eine schriftliche Arbeits-erlaubnis des Wirtschaftsministers vorlegen kann. Diese Arbeits-erlaubnis, die erst nach genauer Prüfung der Personalausstellung wird, gilt nur für begrenzte Zeit. Eine Verlängerung ist nur dann möglich, wenn sie vom Wirtschaftsminister bewilligt wird.

Ernstige Lage am Nil.

Arbeitsdienstpflicht zum Kampf gegen die Nil-Überflutungen.

DNB London, 30. August.

Wie aus Kairo gemeldet wird, hat am Mittwoch die Regierung die Behörden ermächtigt, alle für perils tauglichen Männer in Ägypten zu zwingen, ihre Berufstätigkeit zeitweise zu unterbrechen und bei den Erarbeiten zum Schutz gegen die Überflutungen des Nils zu helfen. Da bereits 200 000 Mann an der Verführung der Nil-Dämme arbeiten, geht aus der Verordnung der Ernst der Lage am Nil hervor.

Der Abschluß der Leipziger Herbstmesse.

Im ganzen befriedigendes Ergebnis. — Ausfuhrabsatz in bescheidenen Grenzen.

75 000 Besucher.

DNB Leipzig, 30. August.

Die Leipziger Herbstmesse ist Donnerstagabend geschlossen worden. Auf der ganzen Linie haben die Ergebnisse mit nur wenigen Ausnahmen das gehalten, was vernünftige Menschen von dieser Messe hoffen konnten.

Auf dem Gebiete der Bekleidung, des Hausrates und des Wohnbedarfs war das Geschäft gut. Dort sind die ursprünglich gehegten Erwartungen in der Tat übertrumpfen worden. Es ist dem bei den deutschen Herstellern eingezogenen Gemeinschaftsgeist auch gelungen, gewissen liberalistischen Rücksichten folgend, die mehr Spekulation als Verfolger sind, und den Versuch des sinnlosen Aufkaufens spekulativ günstig erscheinender Gegenstände unterlassen. Will man überhaupt von einem Verdienst der Messe in der allgemeinen Reklama des Güteraus-

taufches sprechen, so ist dies gerade in diesem Punkte zu sehen. Im übrigen sind die Einkäufe offensichtlich nach gewissenhaft berechnetem Bedarf des Handels getätigt worden.

Im ganzen war die Messe von 75 000 Personen, darunter 4000 Ausländern, besucht. Die Ausländer kamen allerdings nur mäßig, aber auf den Auslandsabsatz konnte auch niemand große Hoffnungen gesetzt haben. Immerhin sind solche Gegenstände, die neu schienen und von denen man glaubt, daß sie im Augenblick nicht ohne weiteres nachgemacht werden könnten, auch von Ausländern gekauft worden. Das Inland hat seinen Bedarf insbesondere bei Einrichtungsgegenständen für Wohnungen und Häuser gedeckt, die im wesentlichen bis zu höheren Preisklassen abgenommen worden sind. Zu solchen Einrichtungengegenständen sind auch Vorzeilangehörige und Gegenstände des deutschen Kunstgewerbes zu rechnen, die einen um die Hälfte höheren Umsatz hatten als zur Herbstmesse des vergangenen Jahres.

Haupt- und Schriftleiter und verantwortlich für Politik: Dr. Georg Heide
Münster i. W., Stellvertreter des Haupt- und Schriftleiters und verantwortlich
für Münster und das Münsterland: Fritz Rediger, Münster i. W.;
Westdeutschland: L. v. R. Karl Rodde; Ostdeutschland: Peter Schöler,
für Handel und Speditionen: Anton J. Hinkel, sämtlich in Dortmund;
Landes- und Stadtkreis: Dr. Ernst Härtner, Berlin-Lichtenfelde; für die
Zeno-Anzeigenleiter: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeyer, Münster;
Druck: Zeno G.m.b.H., Münster i. W.

Durchschnittsauslage: VII, 1934-Zeno-Zeitung insgesamt 405,-

inhaltend: Rheinischer Volkszeitung, Nachrichtenblatt für die Kreise
Reckum und Ldinghausen, Rhine, 2613; - Allgemeine Zeitung, Geschichts-
die Kreise Coesfeld und Haltern, Bisttshauer Volksblatt, Coesfeld, 5381;
Freudener Anzeiger, Stadtloher Volksblatt, Coesfeld, 5381;
Borkener Zeitung, Borken, 3121 – Bürgerblatt für den Niederrhein
und Reeser Tageblatt, Emmerich, 1836; – Dülmener Zeitung, R.
reiches Kreisblatt für den Kreis Coesfeld, Dülmen, 1783; – Halter-
nische Zeitung, Haltern, 1987; – Kreiszeitung für den Kreis Ahaus (Hau-
seuer Volkszeitung, Eppar Volksblatt), Ahaus, 3122; – Münsterlands-
Volkszeitung (Rheinischer Volksblatt), Rheine, 3901; – Emsländi-
sche Tageszeitung (Lindener Tageszeitung, Papenburg-Achsendorfer
Zeitung), Rheine, 1485; – Neuer Emsbote für den Kreis Warandorf
Amt Talgte (Warandorfer Kreiszeitung, Warandorf, 2542; – Tageblatt
des Kreis Steinfurt Ochtrupr Anzeiger, Weitringer Anzeiger, Metelen
Zeitung, Nauenerkirchner Zeitung), Ochtrup, 1659; – Volksblatt
Bocholt und den Kreis Borne, Bocholt, 6167; – Volksblatt für Westfalen
und den Kreis Raes, Bocholt, 944; – Volkszeitung und Nachrichten-
Emsdetten, Burgsteinfurt, Norddeutsche Vorposten, Graeven, Emsdet-
ten, 3876 – Volkszeitung für Dorsten und Herrlichkeit, Dorsten, 2743

Verantwortliche Schriftleitung für den lokalen Teil: Fritz Schlotjunker, Ahaus
für den lokalen Anteilsgel: B. Schütte, Ahaus.

**Weitere lokale Nachrichten auf einer
anderen Seite.**



zeitung

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westdeutschland.

Südlicher Motorradunfall in Meinerzhagen.

Das Rad blockiert.

Meinerzhagen, 30. August.

Ein Motorradunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich auf der Straße Reblin-Neuenmühle. Der Motorradfahrer Adolf Sonnenhol aus Meinerzhagen stürzte mit seiner Maschine in der Kurve unterhalb des Gehöftes „In den Erlen“. Der immer vorsichtige Fahrer zog sich eine schwere Kopfverletzung zu, so daß er bewußtlos liegen blieb. Die Straße ist an der Unfallstelle erneuert worden, so daß es möglich ist, daß sich kleine Steine zwischen Rad und Bremse festsetzten und den Sturz verursachten. Wie festgestellt wurde, hatte sich das eine Rad festgeklümmert. Der Verunglückte wurde von Bewohnern des nächsten Gehöftes, die den Unfallfall beobachteten, mittels eines vorbeikommenden Kraftwagens in das nächstgelegene Haus gebracht. Auf ärztliche Veranlassung wurde der Bedauernswerte ins Lüdenscheider Krankenhaus gebracht, wo derselbe ohne die Besserung wieder zu erlangen, verstarb.

In zwei Stunden von Essen nach Berlin.

Neue Flugstrecke wird am 1. September eröffnet.

Essen, 30. August.

Die Deutsche Luft Hansa hat mit Wirkung vom 1. September ab eine neue Flugstrecke eingerichtet, die im Schnellverkehr betrieben wird. Es besteht jetzt die Möglichkeit, mit dem neuesten dreimotorigen Schnellflugzeug in 22 in zwei Stunden von Essen nach Berlin und umgekehrt zu fliegen. Das Flugzeug startet auf dem Flughafen Essen-Mühlheim morgens um 7.40 Uhr, um in Berlin um 9.45 Uhr zu landen. Der Rückflug kann in Berlin um 15.50 Uhr angetreten werden, die Landung erfolgt in Essen-Mühlheim um 17.55 Uhr. Am Morgen besteht auch ein Anschluß von Köln aus. Man startet auf dem Kölner Flughafen um 7 Uhr und landet in Essen um 7.25 Uhr. Auch beim Rückflug ist in Essen-Mühlheim sofort Anschluß nach Köln. Zwischen Essen-Mühlheim und Berlin sowie umgekehrt erfolgt keine Zwischenlandung.

Der Beamtenhilfszug Bayern kommt nach Essen.

Essen, 30. August.

Aus dem Willen der Deutschen Beamtenschaft, sich im neuen Staate in die Volksgemeinschaft einzufügen und dem Volk mit allen Kräften zu dienen, wuchs der Gedanke, dem Vaterlande seitens des Reichsbundes der Deutschen Beamten einen Beamtenhilfszug zu stiften. Er dient dem Zweck, überall, wo eine Not aufkommt, wo ein Unglück im Vergewerk geschieht, wo ein Häuserbrand entsteht, wo sich andere Katastrophen ereignen, mit Nahrung und Kleidung, mit Arznei und Sanitätswesen und allem sonst Notwendigen sofort helfend einzusetzen.

Der Katastrophenhilfszug stellt in seinem Aufbau etwas Einzigartiges auf der Welt dar. Er besteht aus 16 Waggons, von denen jeder einzelne aussondert eingesetzt werden kann. Drei geschlossene Teile bilden die Großküchenanlage, aus der 30.000 Personen täglich gespeist werden können. Ein zweiter Teil ist die Werkstättenanlage, der dritte Teil beherbergt die Operations-, Lazarett- und Wohnanlage.

Der Beamtenhilfszug ist in München stationiert und wird am 15. September, am Tage der Eröffnung der Brauner Messe — Deutsche Woche, Deutsche Arbeit im deutschen Westen — auf der Ausstellung in Essen gezeigt werden und eine Woche lang jeden Tag 3000 Mittagessen an Erwerbslose unentgeltlich ausgeben, also ein soziales Hilfswerk leisten, für das wir dankbar sein müssen. Wie wir hören, sollen aus den sechs Gaues Westdeutschlands Sonderzüge zur Befestigung des Hilfszuges zur Elbener Ausstellung eingesetzt werden. Die Vorarbeiten hierfür sind bereits im Gange.

Vom Zuge zerstückelt.

Duisburg-Hamborn, 29. August.

In den frühen Morgenstunden fand ein Straßenwärter auf der Straße Duisburg-Düsseldorf in Höhe der früheren Sternstraße die völlig zerstückelte Leiche eines Mannes. In seinen Taschen wurden keinerlei Papiere gefunden. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Schiffer, da sein Körper die in Schifferkreisen übliche Tätowierung aufwies. Ob der Mann aus dem Zug gefallen oder Selbstmord vorliegt, weiß man noch nicht. Die Morbalkommission traf sofort an der Fundstelle ein und sorgte nach den notwendigen Feststellungen für die Ueberweisung der Leiche nach dem Waidfriedhof.

Auf dem Bürgerfest getötet.

Opladen, 30. August.

Gestern nachmittag wurde in Neusath der 65jährige pensionierte Lokomotivführer Emil Schmitz aus Opladen von einem Lastzug tödlich überfahren. Der Getötete war mit seiner Frau und Tochter auf dem Wege zum Friedhof, um das Grab seines Bruders zu besuchen. Er ging auf den Bürgerfest und lag plötzlich hinter sich den Lastzug in schnellem Tempo herankommen. In wenigen Augenblicken verlor er sich durch das Herankommen der elektrischen Bahn, eines Motorradfahrers und eines in gleicher Höhe parkenden Wagens die Fahrbahn. Der Führer des Lastzuges aus Weibert lachte, um der Katastrophe zu entgehen, den linken Bürgerfest zu erreichen. Als er diesen dann mit seinem etwa 14 Meter langen Wagen und Anhänger erreicht hatte, packte der Motorwagen den Sch. und warf ihn gegen einen Gartenzaun. Beim Hinfallen geriet Sch. unter die Räder des Anhängers und wurde so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Unfall ist um so mehr zu bedauern, als der Getötete erst vor wenigen Tagen aus dem Dienst der Reichsbahn ausgeschieden war, um in Ruhe seinen Lebensabend zu verbringen.

Die Stieftochter versehentlich erschossen.

Duppenheim, 30. August.

In der Bodenheimer Gemarkung waren zwei Frauen auf dem Felde mit Unkrautpflücken beschäftigt. Auf seinem Rundgang durch die Weinbergsgemarkung kam der als Weinbergsgärtner angestellte Martin Fagnach zu den beiden Frauen. Er wurde von seiner Stieftochter, der 18jährigen Anna Groß, begrüßt, mit der er sich auch unterhielt. Im Laufe der Unterhaltung bat das Mädchen

auch einmal mit der Pistole schießen zu dürfen. Darauf erklärte der Stiefvater: „Es geht sehr schwer; ich muß erst laden.“ Während nun die zweite Frau, namens Engelhardt, weiter ihrer Arbeit nachging, wollte F. die Waffe laden. Dabei ging ein Schuß frühzeitig los und traf die Groß in den Kopf. Das Mädchen rief noch: „Frau Engelhardt helfe, ich muß sterben!“ und war schon nach kurzer Zeit eine Leiche. Der unglückliche Schütze, ob des Vorfalls tief erschüttert, wurde bis zur vollen Klärung der Angelegenheit festgenommen.

Das amtliche C verschwindet.

Jetzt auch Kamp-Lintfort.

Kamp, 30. August.

Am Niederrhein gibt es einige Gemeinden, die amtlich noch an der Schreibweise ihres Ortsnamens mit C festhalten. Im privaten Schriftverkehr hat sich dagegen die Schreibweise aller dieser Ortsnamen mit K durchgesetzt. Es sind nur noch ganz wenige Gemeinden, die amtlich am C festhalten, das nur noch auf amtlichen Schriftstücken erscheint. So wirkt es fast grotesk, wenn man in Zeitungen den betreffenden Ort immer mit K geschrieben findet und nur in amtlichen Anzeigen der Ort mit C geschrieben werden muß. Bald ist aber mit diesem kleinen Zwiepsalt aufgeräumt, denn wieder verschwindet ein amtliches C. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat die Schreibweise des Ortsnamens der Gemeinde Kamp-Lintfort, die amtlich noch mit C geführt wurde, als Kamp-Lintfort festgelegt.

Dier Todesurteile vollzogen.

Hinrichtung der Mörder des SA-Mannes Walter Ufer aus Dortmund.

Die Justizpressestelle in Dortmund teilt mit:

Am Morgen des 30. August 1934 sind im Gefängnis Dortmund die von dem Sondergericht in Dortmund am 7. März 1934 wegen gemeinschaftlichen Mordes in Lateinisch mit schwerem Landfriedensbruch rechtskräftig zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilten Hans Boit und Friedrich Rapior aus Dortmund hingerichtet worden, weil sie am 24. Juni 1932 den SA-Mann Ufer niedergemetzelt haben.

Wie das Urteil des Sondergerichts festgestellt hat, hatte die NSDAP an diesem Abend in Dortmund-Eving eine öffentliche Volksversammlung angelegt. Um sie gewaltsam zu verhindern, hielt eine kommunistische Menschenmenge die Umgebung des Versammlungslokals besetzt. Nachdem sie einen von auswärts kommenden mit SA-Männern besetzten Kraftwagen gestört und umgeworfen hatten und von dem herbeigerufenen Ueberfallkommando in die umliegenden Straßen abgedrängt waren, trafen die Kommunisten in der Bergstraße den SA-Mann Walter Ufer auf dem Wege zum Versammlungslokal in Begleitung eines SA-Kameraden. Mit wilden Zurufen überfielen sie beide mit Steinwürfen, die Ufer zu Boden streckten, während sein Kamerad entkommen konnte. Die verheerende Masse stürzte auf den hilflos am Boden liegenden Ufer, trat ihm ins Gesicht, schlug ihn mit Stöcken und Steinen und stach mit Messern auf ihn ein. Erst nachdem Ufer minutenlang auf das furchtbare Mißhandelt worden war, ließ die Menge von ihm ab. Ufer zahlreich Verletzungen am Kopf, Rumpf und Gliedern hatte Ufer eine tiefegehende Stichverletzung erlitten, an deren Folgen er am 5. Juli 1932 starb. Nach den Feststellungen des Urteils waren Boit und Rapior die Hauptstörer und -schüler bei dem Ueberfall. Boit hat den

Brutaler Raubmord an einem 77jährigen Greise.

Krepe bei Peine (Hann.), 29. August.

Die beiden 22jährigen Erwin Krüger und der erst im Frühjahr aus der Fürsorge entlassene Hermann Schaafe stiegen abends in das Haus des 77jährigen Rentners Brake ein, wo sie Geld vermuteten. Während Schaafe mit einem Beil auf den im Bett liegenden Greis einhieb und ihm eine schwere Schädelverletzung beibrachte, suchte Krüger nach Geld. Es wurden jedoch nur 40 RM Bargeld gefunden. Als die Täter nach weiteren Habsegleiten Umschau hielten, fand Brake plötzlich wieder hinter ihnen. Mit letzter Kraft hatte sich der Schwerverletzte wieder erhoben. Nun verletzten die beiden Unholden, den Greis zu ersticken, indem einer ihn am Hals würgte und der andere versuchte, ihn mit einer Schnur zu erdrosseln. Der erneut Ueberfallene fiel ohnmächtig zu Boden, worauf die Täter auf ihren Fahrrädern flüchteten und das erbeutete Geld in Hannover verjubelten. Den Greis ließen sie in seinem Blute liegen. Am anderen Morgen fand man ihn mit noch schwachen Lebenszeichen, jedoch starb er nach seiner Einlieferung im Peiner Krankenhaus an den erlittenen schweren Verletzungen und am Blutverlust. Bei ihrer Rückkehr nach Peine wurden die beiden jugendlichen Raubmörder festgenommen. Nach anfänglichem Leugnen gaben sie den brutalen Raubmord an dem hilflosen Greise zu.

Spendet



für das Hilfswerk Mutter und Kind

ein. Die Befehle in den Wagenrennen ist nicht so sehr vorragend, doch werden im Inland hart erprobte Rennfahrer in den Kampf gehen und mit aller Herzgämpfen.

Schweizer Radrundfahrt.

Max Bulla Etappenieger.

Berlin, 30. August.

Die fünfte Tagesstrecke, die 43 Fahrer am Donnerstag von Lausanne nach dem 208 km entfernten Bern führte, sah den vorjährigen Gesamtsieger Max Bulla „Oesterreich“ in 5:51:44 Stunden als Etappenieger vor Gradien, Digneß und Camusso. Fast fünf Minuten später traf die neunköpfige Verfolgergruppe mit den Deutschen Altenburger, Buse und Geyer ein, der im Gesamtergebnis aus weiterhin die Spitze vor dem Franzosen Level und dem Italiener Camusso, der etwas näher gerückt ist, und dem Deutschen Hermann Buse behauptet.

Ergebnis: 1. Max Bulla-Oesterreich 5:51:44; 2. Gradien-Belgien; 3. Digneß-Belgien; 4. Camusso-Italien (alle drittauf); 5. Vandenberghen-Belgien 5:56:07; 6. Altenburger-Deutschland; 7. Buse-Deutschland; 8. Level-Franzreich; 9. Rinaldi-Italien; 10. A. Bicht-Schweiz; 11. Alvarez-Spanien; 12. Prior-Spanien; 13. Geyer-Deutschland (alle drittauf); 14. Cipriani-Italien 6:02:50; 15. Thierbach-Deutschland (drittauf).

Gesamtkand der Einzelfahrer: 1. Geyer-Deutschland 34:01:26; 2. Level-Franzreich 34:14:25; 3. Camusso-Italien 34:18:47; 4. Buse-Deutschland 34:33:32.

Der Europa-Rundflug.

Prüfung der Soll-Ausrüstung.

Warschau, 30. August.

Am Mittwoch wurden bei den 34 Fahrzeugen die an Europarundflug teilnehmen, die Prüfungen der Soll-Ausrüstung und die Feststellung des Leergewichtes, das 561 kg betragen soll, vorgenommen.

Man begann mit den tschechischen und polnischen Flugzeugen und ging dann zu den deutschen Maschinen über, bei denen verschiedene kleine Ungenauigkeiten beim Gewicht festgestellt wurden, die aber durch Befestigung unerforderlicher Gegenstände (Sitzkissen usw.) schließlich doch noch entfernt werden konnten. Derartige Veränderungen sind zwar zulässig, u. U. aber nicht ohne Einfluß auf die Wertung.

Am Nachmittag wurden die italienischen Maschinen geprüft. Die Wettbewerbseleitung, die für Deutschland Dipl. Ing. Hübner vom Vero-Klub von Deutschland angehört, gab bekannt, daß zunächst alle zum Wettbewerb zugelassen werden.

Großer Preis von Baden-Baden.

Travertin oder Regundo?

Den Höhepunkt der Rennwoche in Baden-Baden bildet am Freitag der Große Preis von Baden, der mit einem Ehrenpreis und 28.000 RM ausgestattet ist und die sechs bestbelegten Bewerber über die Dordbühnen von 2400 RM führt. Athanasius, der hier gefaltet werden sollte, wurde auf Grund seines mäßigen Laufens im ersten Rennen gestrichen. Es blieben somit folgende sechs Bewerber: M. Bouffac-Regundo 61 kg. (C. El Hott), A. u. C. Weinberg-Jonator 59 kg. (C. Streif), A. Daniels-Travertin 54 kg. (C. Böhle), S. v. Oppenheim-Blingen 54 kg. (B. Reiten), Frau v. Opels-Ehrenpreis 53 kg. (A. Karr) und Golt. Ebbsloß-Agaltre 49½ kg. (S. Sarofa).

Aus dem deutschen Aufgebot ragt wieder Travertin heraus, der erst kürzlich in Frankfurt bewies, daß er sich von seiner längeren Krankheit glänzend erholt hat und wieder groß im Gange ist. Ehrenpreis lief im ersten Rennen unermüdet gut und wird auf Grund dieses Erfolges mit dem Ende zu finden sein. Blingen und Jonator sowie auch Agaltre dürften für das Ende weniger in Frage kommen. Gespannt ist alles aber auf den Start des Franzosen Regundo, der gut vorbereitet ins Rennen geht. Im Vorjahr belegte der Bilegehehlene des Stalles M. Bouffac bekanntlich hinter Mithist den zweiten Platz.

Wir erwarten aber Travertin vor Regundo und Ehrenpreis in Front.

Unsere Vorausagen.

Baden-Baden: 1. A. Inland — Grandseigneur 2. A. Hanjeat — Origines. 3. A. Felsobad — Siegfried. 4. A. (Großer Preis) Travertin — Regundo. 5. A. Silberkreiß — Herzon. 6. A. Liebesjener — Elad. Clairesfontaine: 1. A. Albert — Reynolds. 2. A. Stall A. Weil Picard — Coefficient. 3. A. Royal Order — Golden End. 4. A. Sparlet — Creme Rennersee. 5. A. Astaire — Esterelle. 6. A. Mij Tate — Ol Man River.

Rennen zu Cabourg, 30. August.

1. R.: 1. Kirghis (Carrat), 2. Miquette, 3. Vex. Toto. 14. R. 12. 22. Ferner: La Radio. 2. R.: 1. Nolette (Brethes), 2. Otranie, 3. Antonita. Toto: 51. R. 21. 17. Ferner: Grain de Café, Trable 2. 3. R.: 1. Speria (Sando), 2. La Curée, 3. Egra. Toto: 41. R. 21. 18. Ferner: Gynkana, Dauned, Carpanthe, Rio Bamba. 4. R.: 1. Caramon (Duquemin), 2. Bentrebleu, 3. Pitcheb Battle. Toto: 32. (Drei Pferde liefen). 5. R.: 1. Tride (Polignat), 2. Bentrebleu, 3. Grentcheug. Toto: 56. R. 22. 20. Ferner: Tobis, Hermione 2.

Internationale Sechstagesfahrt.

Ein schwerer Unfall.

Garmisch-Partenkirchen, 29. August.

Die dritte Tagesstrecke war mit ihren 437 km die längste der ganzen Fahrt. Schon nach 12 km kam am Ettaler Berg eine überaus schwere Steigung. Schiebeteilen hatten auch hier wieder zu tun, und für jeden Fahrer, der fremde Hilfe in Anspruch nahm, setzte es 50 Strafpunkte ab, die sich sechs Bewerber an dieser Stelle zogen.

Die deutsche Nationalmannschaft kam aber auch am Mittwoch glatt über alle Pässe hinweg, auch die Mitglieder der englischen Trophäenmannschaft zeigten sich von beider Seite. Nicht ganz so glatt ging es bei den Italienern ab, die sich beinahe durch das Festhalten ihres Seitenwagens mit A. Gilera am Steuer Punkte geholt hätten. Gilera war aber durch seinen Mannschafskameraden Grana behindert worden, und so ließ Sportpräsident Roth Gilera noch einmal starten, eine zweifelhafte sehr poröse Gelte. Der Seitenwagen der Trophäenmannschaft verlor am Berg ziemlich viel Zeit. Italien und Deutschland sind also auch aus der dritten Tagesfahrt wieder punktfrei hervorgegangen, so daß sie also noch immer am besten und gleichmäÙigsten im Kampf um die Trophäe stehen.

Leider ereignete sich auf halber Strecke in der Nähe von Reith im Winkel ein verhängnisvoller Unfall. Der NSU-Fahrer Barth (Münster), der erst nachträglich für Fleischmann genannt worden war, überließ sich und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Kurz nachdem Sportpräsident Roth den Bedauernswerten im Krankenhaus zu Traumnähten besichtigt hatte, erlag Barth seinen schweren Verletzungen.

Auf der dritten Etappe haben insgesamt 20 Fahrer Strafpunkte erhalten. Elf schieden aus, so daß sich also noch 143 Strafpunktfrei und 30 mit Strafpunkten im Wettbewerb befinden. Die am Mittwoch ausgehenden Fahrer sind: A. C. Kelly (England), Barth (Münster), A. Dpessi (Italien), S. Hialy (Irland), D. Ven (Münster), D. Gijant (Holland), M. B. White (Irland), M. Judice (Italien), A. Kurtsotti (Polen), S. A. Leslie (England) und S. Dicks (Schottland).

Deutschland noch ohne Strafpunkte.

Der vierte Tag.

Die Strecke von Partenkirchen nach Oberstaufen (327 km) erwies sich nicht so schwierig wie erwartet. Die Ausfälle waren auch an diesem Tage überaus zahlreich. Bei den Silberpalmfahrern wurden auch das englische und irische Team gestoppt. Der Engländer Williams mußte nach einem Sturz aufgeben, während der Ire Mc Kee einen Gliederbruch erlitt. Es gab ebenfalls wieder zahlreiche Strafpunkte, so daß nun nur noch 43 Fahrer strafpunktfrei im Wettbewerb liegen.

Ausgefallen sind auf der vierten Etappe: Drag-Deutschland (NSU), Battersbut-Holland (Gijant), Bolletti-Italien (CM), Muga-ESR (F.N.), Stauffer-Schweiz (Universal), Doa Brown-England, Williams-England (Morton) und Mc Kee-Irland (Machle). Von den deutschen Teilnehmern erhielten die beiden NSU-Fahrer R. Leppin und Frau Jse Thourer und A. Brand auf NSU Strafpunkte.



In den Mannschaftswettbewerben (Internationale Trophäe und Silberpalm) blieb die deutsche Mannschaft ohne Strafpunkte. Im Kampf um die Trophäe sind noch Deutschland und Italien strafpunktfrei, im Silberpalmwettbewerb Deutschland, Irland, Italien, Tschechien, Holland und England.

Hohenjburg-Dreieck-Rennen.

Die Befehle.

Als Schlusßakt der diesjährigen Arbeit des Gaues V Westfalen des DDC trägt dieser am kommenden Sonntag, 2. September, auf der veränderten Rundstrecke am FuÙe der Hohenjburg das Hohenjburg-Dreieckrennen aus. Renner behaupten, daß diese neue Dreieckrennstrecke zu den schönsten und interessantesten des ganzen Deutschen Reiches zu zählen ist. Um grünen Eichenwald sind in den Kurven und auf den Geraden Stigplätze errichtet worden, wie überhaupt alles bis ins kleinste durchorganisiert ist, um jedem Ansturm des Publikums gewachsen zu sein. Ueber 200 Fahrer werden am Start erscheinen und diese überaus große Beteiligung hatte zur Folge, daß acht Rennen in den einzelnen Klassen gefahren werden müssen. Somoßi bei den Ausweis: wie bei den Lizenzfahrern sind in allen Klassen der Motorräder die bekanntesten rheinisch-westfälischen Anatemänner am Start, insgesamt acht Deutsche Meister. Aus der gewaltigen Zahl der Rennungen sind zu erwähnen: Karl Kirchner-Offenbach, Hans Kaufmann-Kulba, Preller-Altenhagen, Müller-Bielefeld (dreifacher Deutscher Meister), Alfred Käte-Deimold, ein neuer Stern am Motorporthimmel, der beim Teutoburger Waldrennen leßthin die schnellste Zeit des Tages fuhr, Stoll-Dorlinghausen, August Burge-Bogum, der beim letzten Hohenjburg-Rennen Rekord fuhr. Ein ausserordentliches Feld stellt die Seitenwagentruppe über 600 cm, denn die Kanonen Reges-Lachen, Rennekamp-Dortmund, Stoll-Braunschwieg, Erlenbruch-Eberfeld und Rürten-Wuppertal geben sich hier ein Stellbüß.

Die Fälligkeit der Hypotheken.

Ende dieses Jahres werden durch den Ablauf des Hypothekendarlehenstages der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 große Teile der Hypotheken fällig, welche nach der Notverordnung vom November 1932 am 1. April 1933 fällig. Außerdem steht die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken bevor. Da der Termin für die Rückzahlung mit Rücksicht auf die Lage am Kapitalmarkt und aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen schon hinausgeschoben wurde, bemüht man sich jetzt in den Kreisen der Organisationen, vor allem das Reichswirtschaftsministerium, die Fälligkeit für eine Lösung des Problems dem zuständigen Ministerium zur Unterstützung seiner Arbeit vorzulegen.

Das Problem der Hypothekenzinsfälligkeit ist infolge seiner Vielfältigkeit nicht einfach zu lösen. Regierungen, die man seit längerer Zeit dabei, Material zu diesen Dingen zu sammeln und Wege für eine Aufhebung des an diesen beiden Terminen aufgeschobenen Hypothekensatzes zu finden. Bei dieser Aufhebung sprechen neben anderen Dingen auch Fragen des Zinses mit, so daß neben der juristischen auch die wirtschaftliche Seite zu berücksichtigen sein wird. Das bedingt gleichzeitig eine Einbeziehung des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Betrag umlaufender Hypothekengelder ist vom Institut für Konjunkturforschung mit 35 Milliarden $\mathcal{M}$ ermittelt worden.

Darvon entfallen rund 27 Milliarden $\mathcal{M}$ auf künftige Fälligkeit und knapp 8 Milliarden $\mathcal{M}$ auf landwirtschaftliche Hypotheken. Die künftigen Hypotheken zerfallen in Altbesitz mit 47 Prozent und in Neubesitz mit 53 Prozent (etwas über 14 Milliarden $\mathcal{M}$). In dieser Summe sind Aufwertungshypotheken mit etwa 5 Milliarden $\mathcal{M}$ vertreten, die jetzt fällig werden. Von der übrigen Summe werden 13 Milliarden, im ganzen also an beiden Terminen rund 18 Milliarden $\mathcal{M}$ fällig.

Einer Rückzahlung entsprechend den seinerzeit vereinbarten und durch die Notverordnung hinausgeschobenen Terminen stehen die Verhältnisse am Kapitalmarkt entgegen. Gewiß sind für Hypotheken von Seiten der Versicherungsgesellschaften, der Pensionisten und Sparbanken häufig Anfragen am Markt, die Nachfrage befristet sich aber meist nur auf Rentenhäuser. Für diese Rentenhäuser, als deren Werkzeuge die Errichtung vor 1900, die Befristung auf drei bis vierzig Jahre, die Wohnungen und eine Bewertung zur 25fachen Jahresrentenrente bei der Hypothekeneinlösung anzusehen sind, gibt es heute ohne Schwierigkeit neue Hypothekengläubiger, also die Möglichkeit einer Umschuldung.

Ein großer Teil der Hypothekengläubiger ist den Schuldner und damit auch dem Gesetzgeber bereits ein gut Teil entgegen gekommen.

Die öffentlichen Versicherungen, Sparkassen und Pfandbriefbanken haben einer Verlängerung der Hypothekenzinsfälligkeit um ein Jahr allgemein zugestimmt.

Die Versicherungsgesellschaften konnten dies mit Rücksicht auf ihre eigenen Aufwertungsverpflichtungen für die Versicherten nicht generell tun, haben indessen, um ihren guten Willen zu beweisen, eine individuelle Behandlung des Hypothekenschuldners zugesichert. Wie schwierig in einzelnen Fällen die Situation für diese Gruppe Hypothekengläubiger bei einem nochmaligen Ausbau des Marktorientierung ist, lehrt ein Blick in die verschiedenartigen Zusammenfassungen des Hypothekenbestandes, gegliedert nach Aufwertungs- und neuen Hypotheken. Große Gesellschaften mit mehreren hundert Millionen Hypothekenbestand haben in einem Falle wenig Aufwertungshypotheken und viele Neuhypotheken, können also Mittel für den Aufwertungsfall, allerdings gegen Ueberlassung von Hypotheken, freimachen. Andere Versicherungsgesellschaften, die kein neues Versicherungsgeschäft aus betriebstechnischen Gründen angefangen haben, stoßen ohnehin schon bei der Abwicklung auf Schwierigkeiten.

Nun hat sich schon seit längerer Zeit, bedingt durch die Wirtschaftslage im allgemeinen und die Lage am Immobilienmarkt im besonderen, gerade für den privaten Hypothekengläubiger eine Lösung des Fälligkeitsproblems ergeben, die im Zuge freiwilliger Vereinbarungen guten Nutzen gestiftet hat. Denn die letzten Jahre haben in vielen Fällen eine gewisse Um- und Abwertung der Immobilien mit sich gebracht, und mancher Gläubiger wird lieber weiter die Zinsen seines Hypothekenschuldners genommen haben als diesen zur Rückzahlung zu drängen, wobei die Gefahren der Substantiation, des Nichtausbezahlens und des Selbstkaufs immerhin eine Rolle spielen. Nebenfalls hat die Regelung einzelner Fälle aus privaten Vereinbarungen heraus doch gewisse Härten gemildert. Von den 5 Milliarden $\mathcal{M}$ Aufwertungshypotheken kommt die gute Hälfte auf den Kreis privater Gläubiger, deren Bedeutung vor dem Krieg größer war als heute. So erklärt sich der hohe Anteil an der Aufwertungssumme. Heute herrscht der sog. organisierte Hypothekendarlehen vor.

Ein Vorschlag aus den Kreisen der Gläubiger, betreffend die Umwandlung einer Hypothek in eine Tilgungshypothek, ist von den Hausbesitzerorganisationen (Zentralverband) befragt worden.

Mit dieser Umwandlung in die Tilgungshypothek wollte man eine allmähliche Ueberleitung der jetzt auf zwei Terminen liegenden Hypothekenzinsfälligkeiten auf mehrere Termine vorbereiten, wollte überdies vielleicht unter Benutzung der neuen Einheitsbedingungen

gewisse Normen schaffen und vor allem den Schuldner durch kleine Tilgungsraten entlasten. Der Vorschlag ging zum Beispiel dahin, den heutigen Zins von 5-5,5 Prozent durch einen Ausstieg von einem Prozent und etwas darüber zur Abdeckung der Tilgungsraten zu erhöhen. Zur Vermeidung neuer Lasten müßte aber der Hypothekenzins entsprechend gesenkt werden. Denn die Organisationen führen sonst ernste Bedenken an, weil der Hausbesitz und insbesondere der Neuhauseigentum auf ihm ruhenden allgemeinen Lasten und die laufenden Kapitalverpflichtungen nicht leicht aufbringen kann. Außerdem muß man sich überlegen, was eine so allmähliche Tilgung für die Gläubiger bedeutet, die sich, wie schon erwähnt, häufig nur auf ein paar Jahre festlegen wollten.

Welche Lösung für die Hypothekenzinsfälligkeiten heute gefunden werden kann, geht eigentlich aus dem Gesagten hervor. Denn es ist denkbar, daß sich die Verhältnisse am Kapitalmarkt, insbesondere am Markt der Pfandbriefe im Laufe eines Jahres wieder ändern, daß das

Zinsproblem einer organischen Regelung zugeführt wird, und man wirtschaftlich in einem Jahr weiter sieht als heute, so daß die Wirtschaft gerade ein Jahr lang durch die Aufbautätigkeit der Regierung von der langjährigen Wirtschaftskrise erholen konnte.

Allen Anschein nach wird man, kommt es zu einer Verlängerung der Termine, in den neuen Bestimmungen dem Gläubiger eine gewisse Forderungsmöglichkeit geben, die auf gerichtlichem Wege entschieden wird und das wirtschaftliche Verhältnis der beiden Partner, Gläubiger und Schuldner, gegeneinander abwägt.

Ein besonderes Kapitel bildet in diesem Zusammenhang noch die bis zum 1. Okt. dieses Jahres befristete landwirtschaftliche Zinsenkung vom 27. September 1932, für die es in Kürze ebenfalls eine Neuregelung geben wird. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß es sich juristisch um keine Zinsenkung handelte, sondern um die Umwandlung von Zinslasten in Kapitalzuschlag.

Die Verlobung im englischen Königshaus.

Auswirkung auf die Thronfolge?

Die Nachricht von der Verlobung des 31jährigen Prinzen Georg — des jüngsten Sohnes König Georgs V. — mit der 28jährigen Prinzessin Marina von Griechenland hat in England begreifliches Aufsehen erregt. König Georg V. hat bekanntlich vier Söhne: den jetzt 40jährigen Prinz von Wales, den 38jährigen Herzog von York, den 34jährigen Herzog von Gloucester und den 31jährigen Prinz Georg. Von den vier Söhnen des englischen Königspaares war bisher nur ein einziger verheiratet: der Herzog von York.

Die englische Presse zeigt sich sehr erfreut über die Verlobung und heißt die ausländische Prinzessin herzlich willkommen. Prinz Georg ist nach dem Prinzen von Wales der bei weitem bestbelebte Sohn des englischen Königspaares. Er war ursprünglich zum Seeoffizier bestimmt, mußte aber aus Gesundheitsrücksichten die Flotte

stellen durch eine dreimonatige Reise durch die Südafrikanische Union und Rhodesien zum Ausbruch.

Der Vater der Braut ist Prinz Nikolaus von Griechenland, ein Bruder des verstorbenen Königs Konstantin von Griechenland, dessen Frau eine Schwester Kaiser Wilhelms II. war. Seiner Ehe mit der Großfürstin Helene von Rußland entstammen vier Kinder; von den drei Prinzessinnen ist die älteste, Prinzessin Olga von Jugoslawien, die Frau des Prinzen Paul von Jugoslawien; die zweite, Prinzessin Elisabeth, heiratete im vergangenen Winter in Seefeld (Tirol) den Grafen Törring, den Sproß eines alten bayerischen Geschlechtes; die dritte ist die Braut des vierten Sohnes des englischen Königs, Prinz Georges von England.

Prinzessin Marina ist in London, wo sie sich alljährlich einige Zeit aufhält, sehr gut bekannt. Sie spricht fließend englisch. Prinz Georg hat sie zum ersten Male vor fünf Jahren getroffen. Vor etwa 14 Tagen begab er sich mit dem Flugzeug nach Jugoslawien, wohin er von Prinz Paul eingeladen worden war. Zuletzt hielt er sich mit seiner Braut in Salzburg auf, von wo aus auch die Verlobung bekanntgegeben wurde.

Das eigentliche Interesse an diesem Ereignis liegt auf häuslichem englischem Gebiet. Da der Prinz von Wales, der Thronfolger, unverheiratet ist und bisher auch noch keine Miene macht, sein Jungesellentum aufzugeben, da aber nach dem englischen Hausgesetz auch weibliche Nachkommen erbberechtigt sind, wären im Falle, daß der Prinz von Wales kinderlos bliebe, nach ihm die beiden kleinen Töchter des Herzogs von York, des zweitältesten Sohnes Georgs V., die nächsten Anwärter auf den englischen Thron. Wendet sich diese Erbfolge, wenn aus der künftigen Ehe des jüngsten Sohnes, des Prinzen Georg, mit der Prinzessin Marina ein Sohn hervorgeht? Hat dieser einen besseren Anspruch auf die englische Krone als die heute schon vorhandenen Enkelkinder des Königs Georg? Nach dem geltenden Gesetz jedenfalls nicht. Aber die verfassungsrechtliche Stellung des Trägers der englischen Krone hat sich in den letzten Jahren so tiefgehend verändert, daß die Möglichkeit männlicher Erbfolge eine neue Lage schafft. Der englische König ist heute nicht nur die politische Krönung des englischen Reichshauses, er ist zugleich das wichtigste Bindeglied des Reichszusammenhaltes. Die englischen Dominien sind beinahe souveräne Staaten, die mit dem Mutterlande nur durch das Treueverhältnis zu dem jeweiligen Träger der englischen Krone verbunden und dergestalt in das Reich eingegliedert sind. Und so ist es in der Tat ein Problem von erheblichem Gewicht, ob diese reichspolitische Funktion von einer Königin oder besser von einem König ausgeübt wird.



Prinz Georg und Prinzessin Marina (rechts) nach der Verlobung in Salzburg.

wieder verlassen. Er arbeitete dann eine Zeitlang im Foreign Office, zuletzt bekleidete er einen Posten im Fabrikenaufsichtsamt des Innenministeriums. Als erstes Mitglied der englischen Königsfamilie hatte er so die Beamtenlaufbahn eingeschlagen. Vor kurzem brachte er die Verbundenheit des Königshauses mit den Reichs-

Tagung der deutschen Orientalisten in Bonn.

DNB Bonn, 30. August.

Gefährte aus aller Welt weilen für einige Tage in Bonn, um an der Tagung der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft teilzunehmen. Am Mittwochabend fand in der Aula der Universität die Begrüßung der Teilnehmer statt. Der Vorsitzende der Orientalischen Gesellschaft, Gelehrter Dr. Brueker, hieß die Erschienenen willkommen. Es sei zu begrüßen, daß an der Tagung so viele geistig hochstehende Männer des Auslandes teilnahmen. Früher sei man der Ansicht gewesen, daß die Erforschung des Orients vergeblich sei. Diese Behauptung müsse man jetzt zurückweisen, da die Ergebnisse der

Forschung das Gegenteil bewiesen. Im Namen des Auswärtigen Amtes und gleichzeitig als Vertreter der Universität sprach Prof. Dr. Radmann. Der Oberbürgermeister der Stadt Bonn, Riedert, begrüßte die Gäste im Namen der Stadt. Der Präsident der Königlich-Britischen Asiatischen Gesellschaft, Margoliouth, führte aus, daß man in England die Ergebnisse der deutschen Orientalistik mit Interesse verfolgte. Professor Huebner von der Universität Upland hob hervor, die schwedischen Gelehrten ständen in enger Fühlung mit den deutschen Wissenschaftlern und schenken sie als ihre Lehrer an. Sie benutzten die deutsche Literatur über die Erforschung des Orients als Quelle zu ihren Studien. Im gleichen Sinne sprach Professor Kramers von der Universität Leiden seine Bewunderung für die deutsche Forschungsarbeit aus. Die Tagung nahm dann mit wissenschaftlichen Vorträgen ihren Anfang. Die Referate sind diesmal so gehalten, daß sie dem Verständnis eines größeren Hörerkreises zugänglich sind.

Gefährliche Ladeneinbrecher.

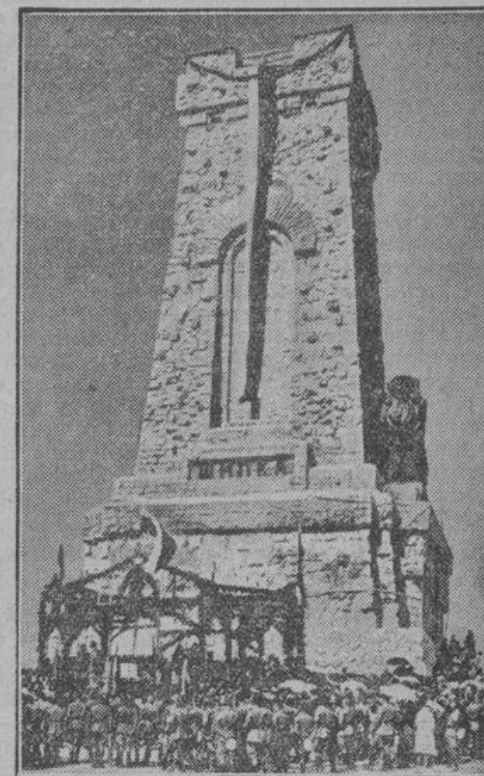
SA-Männer legten ihnen das Handwerk.

Düsseldorf, 30. August.

Daß Scherben Glück bringen, wie es im Volksmund heißt, werden die beiden emigen Ladeneinbrecher heftig bestritten, die am Spätabend des 11. Juli mit allzu großer Energie das Schaufenster eines Zigarrenladens in der Gladbacher Straße eingedrückt hatten. Durch das Klirren der Scherben wurden zwei SA-Männer herbeigeloht, die die Situation sofort erkannten, als einer der beiden vor dem zertrümmerten Schaufenster stehenden Männer auch noch zum Ueberflus verurteilt, eine gefüllte Zigarrenkiste möglichst unauffällig fallen zu lassen. Auch die naive Ausrede des Kistenbesizers, er sei „ganz zufällig“ in die Scheibe gefallen und habe beim Verluß, sich festzuhalten, „zufällig“ die Kiste Zigarren erwischt, erregte bei den Brauhenden nur ein Schmunzeln. Sie nahmen die beiden Verdächtigen zur nächsten Polizeiwache mit. Dort stellte man schon bald fest, daß die SA-Männer einen guten Fang gemacht und Düsseldorf's gefährlichste zwei gefährlichen Schabbingen bereit hatten. Ins Gebot genommen, gaben die beiden Häftlinge zu, für nicht weniger als neun Einbrüche in den Monaten Mai bis Juli verantwortlich zu sein. Weist drachen sie mit Nachschlüssel oder Brecheisen in Lebensmittelgeschäfte ein, aber auch Trinker und Privatwohnungen verschmähten sie nicht zu besuchen. Kleider, Schmuckstücke, Bargeld und Waren im Werte von mehreren tausend Mark waren ihnen in die Hände gefallen. Der Haupttäter war der 29jährige Wilhelm D., der erst zweimal verurteilt ist. Er war an allen Einbrüchen beteiligt, während sein erfahrener „Kumpel“, der 36jährige Jakob Zimmermann, elfmal, darunter wegen schweren Raubes mit vier Jahren Zuchthaus, verurteilt, an nur zweien der Einbrüche teilgenommen und eine gestohlene goldene Uhr von D. als Geschenk angenommen hatte. Seine ge-

Das Freiheitsmal am Schipka-Paß.

Kommt man in Bulgarien vom Süden, vom Hügelland der Rosen, das durchströmt wird von der schäumenden Mariza, nach Norden, so ragen die Berge des Balkan in ununterbrochener Kette mächtig in die Höhe. Ein wild zerklüftetes Gebirge, das diesen Balkanpaß in zwei Teile trennt und nur durch einige Pässe die Verbindung ermöglicht. Einer dieser Pässe ist der Schipka-Paß, um den im russisch-türkischen Kriege zwischen dem 20. und 27. August 1877 die vereinten Russen und Bulgaren erbittert kämpften, bis sich die über 30 000 Türken unter dem Oberbefehl Suleiman Paschas ergaben. Dadurch wurde Bulgarien von der Herrschaft der Türken befreit.



Das „Große Löwen-Denkmal“ während der Einweihungsfeier.

Ganz in der Nähe des Schipka-Passes erhebt sich der St. Nikolaus-Berg zu 1400 Meter Höhe. Hier ist zur Erinnerung an die Schlacht, durch die Bulgarien von der Herrschaft der Türken befreit wurde, unter Teilnahme des Zaren Boris und 80 000 Bulgaren dieser Tage mit einer großen Feierlichkeit das „Große Löwen-Denkmal“ eingeweiht worden, an dessen Errichtung acht Jahre gearbeitet worden war. Es ist ein Gedebau aus Granit von 40 Meter Höhe. Neben dem Turm, in den der Name des heiligmännlichen Pases eingemeißelt ist, steht ein gewaltiger Löwe. Von der obersten Plattform aus bietet sich ein überwältigender Rundblick auf das ganze Land, nordwärts bis hin zur Donau und den blau verdämmenden Hängen der transilvanischen Alpen. Südwärts bis zu den majestätischen Gipfeln des Rhodope-Gebirges, hinter dem man das Blau des Ägäis-Meeres, die Sehnsucht des bulgarischen Volkes, ahnt.

ringere Beteiligung wurde aber mehr als wettgemacht durch sein Vorstrahlenregiment. Die Richter verlagten dem schweren Jungen Zimmermann die mildernden Umstände, und verurteilten ihn zu zwei Jahren und einem Monat Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Zum allerletztenmal, betonte der Vorsitzende, entgehe 3. der Sicherungsverwahrung. — Nur sein jugendliches Alter rettete den Haupttäter D. noch einmal vor dem Zuchthaus. Er wurde zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt.

„Nichtige“ Kommunisten unter sich.

Blutbad in Hühnersfeld.

Hühnersfeld (Saar), 30. August.

In der Josefstraße hat sich in der Nacht von Dienstag eine schwere Bluttat ereignet. Zehn Kommunisten gerieten miteinander in Streit. Einer hatte dem andern vorgeworfen, er sei kein richtiger Kommunist und befohle die Richtlinien der jetzigen Einheitsfront nicht. Der andere warf dem Gegner wieder vor, seine Frau sympathisiere mit der nationalsozialistischen Bewegung. Darauf erwiderte der andere, daß ihn das gar nichts angehe, seine Frau könne machen, was sie wolle. Im Verlaufe des Streits ergriff der Kommunist S. das Messer und versetzte seinem Gegner acht Messerstiche, wovon der letzte Stich unterhalb des linken Auges bis ein Zentimeter vor den Halswund eindrang. Der Verletzte ist in das Saarländische Krankenhaus eingeliefert worden, wo er in sehr bedenklichem Zustand darniederliegt.

ra Altenbeken, 29. Aug. Zwei schwere Motorradunfälle. Auf der Straße von Altenbeken nach Bad Pippinze erlitt der Bauer Th. aus Marienloh in der Nähe des Aeschofes einen schweren Motorradunfall. Th. wurde von Passanten bewußtlos im Straßengraben aufgefunden, die sofort ärztliche Hilfe herbei holten. Der nur noch schwach atmende Th. wurde darauf in das Krankenhaus nach Bad Pippinze überführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Einen ähnlichen Unfall erlitt ein Fremder, der mit seinem Motorrad auf der Straße von Altenbeken nach Bute in der Kurve am Buser Berg verunglückte. Er erlitt ebenfalls schwere Verletzungen, besonders am Kopf, konnte jedoch nach der ersten Behandlung durch Dr. H. wieder entlassen werden.

Keine Sterilisierung von Ausländern.

Das Rassenpolitische Amt der NSDAP teilt mit. In einem großen Teil der Auslandspresse wurde kürzlich in großer Ausmachung darüber berichtet, daß in Wiesbaden die italienische Staatsangehörige Rosa Labriola gegen ihren Willen zwangsweise sterilisiert worden sei. Die Blätter, besonders die italienischen, nahmen diese Meldung zum Anlaß, um in schärfster Weise gegen das deutsche Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und den Nationalsozialismus überhaupt Stellung zu nehmen. Die Nachprüfung dieser Meldungen hat ergeben, daß sie eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit darstellen. Das zuständige Gesundheitsamt Wiesbaden stellt amtlich fest, daß gegen die tragliche Italienerin allerdings ein Antrag auf Unfruchtbarmachung gestellt worden war, daß das Gericht ihn jedoch in der ordentlichen Sitzung vom 15. August — Altenbeken 4 XII 108/34 — abgelehnt hat. Dem zuständigen italienischen Konsul ist auf seine Anfrage dieser Sachverhalt bereits amtlich mitgeteilt worden. Damit liegt diese ausländischen Tendenzmeldungen als unwahr und als bloße Stimmungsmache gegen Deutschland erwießen.



Der Flachsanbau wird erweitert.

Die Notwendigkeit der Ausdehnung der heimischen Rohstoffgrundlagen hat dem deutschen Flachsanbau einen neuen Auftrieb gegeben. Die behördliche Unterstützung im Verein mit dem amtlich gesicherten Preis hat den diesjährigen Flachsanbau gegenüber dem Vorjahr um das Doppelte anwachsen lassen. — Hier sieht man ein Bild aus der deutschen Flachsernte. Der Flach wird gezwippt und, wenn die Stengel lufttrocken geworden sind, in Faden aufgestellt.

Ministerielle Ausführungsbestimmungen.

nschl. Aug. unt. M H 137
en Emsboten., Warendorf.

Generaloberst von Moltke.

Seine Entscheidungen im August 1914.

Von
Generalleutnant a. D. Tappen,
ehem. Chef der Operations-Abteilung
des Chefs des Generalstabes.

Der Verfasser, Generalleutnant a. D. Tappen war vom Kriegsausbruch bis August 1916 Chef der Operations-Abteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, sodann Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Madenjen, 1917/18 Divisions-Kommandeur. Nach dem Kriege betätigte sich Generalleutnant Tappen im Stahlhelm, B. d. F., 1927/32 als Gauführer, 1933 als Oberlandesführer in der Bundesleitung. Generaloberst von Moltke trägt bekanntlich die Verantwortung für den Verlust der Marne-Schlacht. Es wird ihm insbesondere vorgeworfen, daß er durch die Herausziehung zweier Korps aus dem rechten Flügel diesen geschwächt und damit verhängnisvoll die Schließensche Manöver, den rechten Flügel stark zu machen, in den Wind geschlagen habe. Die Schriftleitung.

Die Erinnerung an die große Zeit vor 20 Jahren ist Veranlassung, eines deutschen Mannes zu gedenken, der in unserer Völkervergangenheit steht, des 1. Chefs des Generalstabes des Feldheeres, des Generalobersten v. Moltke.

Mobilmachung und Aufmarsch waren bis Mitte August nach den im Frieden getroffenen Vorbereitungen planmäßig durchgeführt. Mit der Beendigung der Aufmarschbewegung wurde das Große Hauptquartier nach Koblenz verlegt. Der Abtransport von Berlin erfolgte am 16. August, das Eintreffen in Koblenz am 17. früh.

Bis zum 17. August waren von unseren Gegnern keinerlei Maßnahmen getroffen, die im Frieden vom Generaloberst v. Moltke bearbeiteten Heeresbewegungen durchkreuzt hätten. Die sorgfältig vorbereitete Wegnahme von Lüttich durch Handstreich war geglückt, und damit die Bahn für den Vormarsch des rechten Heeresflügels frei. Die holländische Neutralität wollte Generaloberst v. Moltke unter keinen Umständen verletzen. Am 17. August wurde daher der Beginn der Heeresbewegung befohlen, wie im Frieden in den Aufmarschamweisungen für die Armeen niedergelegt war. Am 18. August sollte damit die große Offenstießbewegung der Hauptmasse unseres Heeres durch Belgien nach Frankreich hinein beginnen, um das französisch-englische Heer beim Zusammenstoß zu schlagen, und so dem Krieg im Westen möglichst bald ein Ende zu machen, um dann Freiheit des Handelns nach dem Osten zu haben, wo zunächst die 8. Armee den deutschen Boden verteidigen sollte.

Die über unsere Gegner eingehenden Meldungen waren naturgemäß anfangs sehr vielfach widersprechend und unklar, besonders über die Stärke der französischen Truppen in Lothringen war es schwer, ein Urteil zu gewinnen. Von Mitte August ab mußte Generaloberst v. Moltke aber mit einer großen Offensive der Franzosen zwischen Metz und den Vogesen rechnen. Um dieser wahrscheinlichen französischen Offensive von vornherein die Spitze abzubringen, entschloß er sich zu einem Angriff mit der 6. und 7. Armee.

Dieser Angriff führte vom 20.—23. August dank der heldenhaften Tapferkeit unserer Truppen zu dem großen Siege in der „Lothringer Schlacht“. Generaloberst v. Moltke mußte sich danach entscheiden, wie die Erfolge dieses Sieges weiter ausgenutzt werden sollten. Moltke er mit der 6. und 7. Armee den geschlagenen Feind weiter verfolgen oder sollten, dem im Frieden bearbeiteten Kriegsplan entsprechend, die Vorwärtsbewegungen im wesentlichen eingestellt und die dadurch verfügbar werdenden Kräfte für eine Verwendung auf dem rechten Heeresflügel frei gemacht werden.

Die Lage der 1. bis 5. Armee des deutschen Heeres war zu dieser Zeit folgende: Unser rechter Heeresflügel befand sich, dank des Fesseln erheblicher Kräfte der Franzosen durch die 6. und 7. Armee in Lothringen, im unaufhaltbaren siegreichen Vordringen. Marschleistungen wurden insbesondere vom herumjohrenden rechten Heeresflügel ausgeführt, wie man sie im Frieden niemals für möglich gehalten hätte. Der 19. August hatte Erfolge gegen die Belgier südlich von Antwerpen gebracht und gegen eine französische Kavallerie-Division nordwestlich von Namur. Der Angriff auf Namur war im Gange. Am 22. hatte das Oberkommando der 5. Armee einen Sieg nordöstlich von Verdun am Chiers- und Grumes-Schnitt gemeldet, am 23. stand die 4. Armee in siegreichem Kampfe nördlich des Demois-Abchnittes. Es fehlten an diesem Tage in unseren Lagerkarten nur noch 3 französische Korps, das 3., 18. und 19., deren Verwendung wir nicht kannten, sonst waren wir allen an der Klinge. Zu dieser Zeit stimmten die im Frieden entworfenen Karten für die für den rechten Heeresflügel beabsichtigten Maßnahmen noch bis ins einzelne mit den tatsächlich durchgeführten Heeresbewegungen überein.

Die erste große Schlacht gegen die Belgier-Franzosen-Engländer war somit auf der ganzen Heeresfront im allgemeinen an der französisch-belgischen Grenze in mehr oder weniger engem Zeit- und Raumzusammenhang zum Teil bereits entbrannt; sie mußte jedenfalls in den nächsten Tagen die Gesamtentscheidung bringen.

Es war mithin am 23. August für den Generaloberst v. Moltke zunächst die Frage zu beantworten: war es möglich, die nach der siegreichen Schlacht in Lothringen verfügbar werdenden Teile der 6. und 7. Armee noch rechtzeitig zur großen Entscheidung zum ausschlaggebenden rechten Heeresflügel heranzubringen, der zwar an sich jetzt schon dem Feinde erheblich überlegen war, der aber zur Entscheidung doch nicht stark genug gemacht werden konnte. Verschiedene Wege wurden vom Generaloberst v. Moltke erwogen: Eisenbahntransporte konnten nur bis in die Gegend von Lachen gefahren wer-

den, da die Belgier ihre Eisenbahnen, wie es erwartet worden war, gründlich zerstört hatten, und da auf den notdürftig wiederhergestellten Strecken das 9. Reserve-Korps im Eintreffen zum rechten Heeresflügel begriffen war. Von der Gegend von Lachen ab hätte Fußmarsch der aus der 6. und 7. Armee herausgezogenen Teile erfolgen müssen. Diese Teile vom linken zum rechten Heeresflügel sogleich in Marsch zu setzen, sie also quer durch die übrigen bereits im Kampfe stehenden Armeen hindurchzuführen, hätte zu Reibungen und Unzulänglichkeiten führen müssen, die den Sieg der kämpfenden Truppen ernstlich in Frage stellen konnten. Hier handelte es sich nicht um die Verschiebung kleiner Verbände, sondern um die von Armeeteilen. Dazu kamen in beiden Fällen kaum zu überwindende Verpflegungsschwierigkeiten, da die wenigen Kraftwagenkolonnen, die wir damals hatten, bei den rechten Flügelarmeen für ihre großen Märsche eingeteilt waren und die Eisenbahnen in Belgien, wie bereits erwähnt, nicht benutzbar waren.

Aber selbst wenn man alle diese Schwierigkeiten, Reibungen und Unzulänglichkeiten mit unseren vorzüglichen deutschen Truppen überwinden hätte, nicht überwinden konnte man Raum und Zeit. Die Teile der 6. und 7. Armee wären in beiden Fällen zu der in wenigen Tagen bevorstehenden Entscheidung auf dem rechten Heeresflügel doch zu spät gekommen.

Eine dritte Möglichkeit, die Armeeteile etwa schon bei der 5. Armee einzufügen, und dann durch eine allgemeine Schiebung nach rechts Teile zur Verstärkung des rechten Heeresflügels frei zu machen, kam nicht in Betracht, weil die Armeen bereits im Kampfe standen und weil auch eine solche Bewegung viel Zeit erfordert hätte und mit ihrer Auswirkung zu spät gekommen wäre.

Das Ergebnis dieser Betrachtungen des Generalobersten v. Moltke war also: Jog er jetzt am 23. August die verfügbaren merdenden Teile aus der 6. und 7. Armee heraus, um sie zum rechten Heeresflügel heranzubringen, so würden sie auf längere Zeit lahmgelegt; sie marschierten und konnten in der ersten großen Entscheidungsschlacht nicht kämpfen. Wurde aber trotzdem jetzt dieser Entschluß gefaßt, so mußte daraus nach anderer Richtung hin für die Entscheidungsschlacht ein empfindlicher Nachteil entstehen. Dieß kam jetzt von dem geschlagenen Feind in Lothringen ab, so gab man ihm die Freiheit des Handelns wieder. Es wäre den Franzosen dann ein leichtes gewesen, mit ihren vorzüglichen leistungsfähigen Eisenbahnen einen erheblichen Teil ihrer Kräfte aus Lothringen in kurzer Zeit in unsere rechte Heeresflanke zu führen, jedenfalls weit eher als die Truppen der 6. und 7. Armee zur Entscheidung auf unserem rechten Flügel heran sein konnten. Dann war also die bei uns jetzt auf dem westlichen Heeresflügel bestehende erhebliche Ueberlegenheit im wesentlichen ausgeglichen, unser Erfolg in der Entscheidungsschlacht konnte dann nicht mehr so groß sein, wie Generaloberst v. Moltke bisher mit Recht erhoffen konnte. Diese Möglichkeit durfte den Franzosen nicht eingebläut werden.

Generaloberst von Moltke entschloß sich auf Grund dieser Erwägungen, die Franzosen weiter zu binden, sie mit der 6. und 7. Armee zu verfolgen, sie auseinander zu jagen und zu vernichten. Dann konnte der rechte Flügel unseres Heeres, seine Ueberlegenheit ausnützend, einen großen Sieg erringen.

Im weiteren Verfolg des Entschlusses, die Franzosen mit der 6. und 7. Armee zu verfolgen, ist dann beim Generaloberst von Moltke der Entschluß entstanden, dem geschlagenen Feinde auf dem Fuße folgend, die französische Sperrelinie an der oberen Mosel zu durchbrechen, um so in Verbindung mit den Bewegungen unseres rechten Heeresflügels durch doppelte Umfassung eine Einkreisung des feindlichen Heeres im Großen einzuleiten. Eine solche Einkreisung mußte bei erfolgreicher Durchführung die Vernichtung des französisch-englischen Heeres bedeuten und in kurzer Zeit zur Beendigung des Krieges auf dem Westkriegsschauplatz führen, da die Franzosen-Engländer sich dieser doppelten Umfassung weniger entziehen konnten, als sie es später der einseitigen Umfassung mit unserem rechten Flügel taten.

Dieser Entschluß der doppelten Umfassung ist dem Generalobersten von Moltke vorgeworfen als ein Verlassen des Schließenschen Planes, ferner daß zur Durchführung die Kräfte und Mittel nicht ausgereicht hätten. Was den letzteren Punkt anbelangt, so stand in diesen Augusttagen die Achtung vor den großartigen Leistungen unserer deutschen Truppen und unserer schweren Artillerie beim Generalobersten von Moltke so hoch, daß er glaubte, namentlich angesichts des geschlagenen Feindes, auch dieses schwerste Unternehmen von ihnen fordern zu können, auf das er im Frieden einem intakten Gegner gegenüber verzichtet hatte. — Zu einer Aenderung des von ihm im Frieden übernommenen Umfassungsplanes des Grafen Schlieffen war Generaloberst von Moltke als verantwortlicher Chef des Generalstabes des Feldheeres nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, wenn er überzeugt war, durch diese Aenderung eine sicherere und schnellere siegreiche Beendigung des uns aufgewungenen Krieges herbeizuführen. Jedenfalls bedeutete es für den Generalobersten von Moltke einen sehr viel schwereren Entschluß, eine Aenderung der im Frieden lange vorbereiteten Maßnahmen anzuordnen als sie wie vorbereitet weiterzuführen. So viel ist sicher, wäre dem Generalobersten von Moltke der Plan der doppelten Umfassung geglückt, hätte er die Franzosen-Engländer eingekreist und ihnen ein Cannae ganz im Großen bereitet, so wäre der Generaloberst von Moltke als einer der größten Feldherren aller Zeiten gefeiert worden. In ihm war der Wille, den Feind zu vernichten. Auch Generaloberst Graf Schlieffen würde der Lösung einer Aufgabe durch doppelte Umfassung voll zugestimmt haben, wenn sie die Wahrscheinlichkeit des Erfolges bot.

Der Plan des Generalobersten von Moltke, die französische Vorrückungsarmee an der oberen Mosel zu durchbrechen, dem geschlagenen Feinde auf dem Fuße folgend, glückte im ersten Anlauf in dem schwierigen Gelände nicht. Es entstand nun erneut für Moltke die Frage, was weiter mit der 6. und 7. Armee geschehen solle. Sollte er sie in günstige Verteidigungs-

verhältnisse zurücknehmen, um dann Kräfte freizubekommen, oder sollte er den Versuch des Durchbrechens der französischen Sperrelinie fortsetzen, dessen Gewinn im weiteren Verfolg sehr groß werden mußte. Die Hoffnung, daß der Durchbruch noch gelingen würde, oder daß wenigstens ein großer Teil des französischen Heeres durch weitere Angriffe zu Gunsten unseres rechten Heeresflügels gefesselt würde, gab nach Besprechungen mit dem Oberkommando der 6. Armee beim Generalobersten von Moltke den Ausschlag.

Erst als weitere Erfolge ausblieben und die Bahnverbindung zum rechten Heeresflügel sich besserte, als Moltke auch durch weitere Angriffe nicht mehr hoffen konnte, die Franzosen hinter ihrer Befestigungslinie zu binden, befahl er am 5. September, also kurz vor Beginn der Marne-Schlacht, den Abtransport des Oberkommandos der 7. Armee, einer Kavallerie-Division und von zwei Armeekorps zum rechten Heeresflügel. — Die Verhältnisse in Ostpreußen hatten sich zunächst wenig günstig entwickelt. Die Russen hatten da, wo sie die Grenze überschritten hatten, wie die Wilden gehaust. Die Not unserer deutschen Brüder war furchtbar. Da die Maßnahmen des Oberbefehlshabers der 8. Armee in Ostpreußen (Generaloberst von Prittwitz und Gaffron, der die Schlacht von Gumbinnen abtrug) und zunächst bis hinter die Weichsel zurückgehen wollte, dann aber in Uebereinstimmung mit seinem Generalstabschef Graf Waldersee diesen Plan änderte und die deutschen Truppen schon die Stellungen einnehmen ließ, aus denen heraus die Schlacht bei Tannenberg geschlagen wurde. Die Schriftleitung) nicht mit den Ansichten des Generalobersten v. Moltke übereinstimmten, beantragte er am 22. August einen Wechsel im Oberkommando der 8. Armee. Generaloberst v. Moltke wollte die Verteidigung Ostpreußens unter Ausnutzung der dazu vorbereiteten Seelinie offensiv.

Von unserem rechten Heeresflügel im Westen wurden aus der großen im Gange befindlichen Schlacht an der französisch-belgischen Grenze am 24. August weitere Erfolge der 2., 3. und 4. Armee gemeldet. Die 1. Armee hatte die Engländer vor sich. Damit schwand beim Generalobersten v. Moltke die Beforgnis, daß die Engländer, verstärkt durch französische Korps, aus der Gegend von Lille gegen die rechte Flanke unseres rechten Heeresflügels vorgeführt werden könnten.

Zu dem großen mehrtägigen Ringen an der französisch-belgischen Grenze, wo — wie es Generaloberst v. Moltke erwartete — die Franzosen sich gefaßt hatten, um uns am Eindringen nach Frankreich hinein zu verhindern, waren sie geschlagen. Die überaus günstigen Nachrichten, die täglich und auch am 25. August einliefen in Verbindung mit dem großen Siege der 6. und 7. Armee in Lothringen vom 20.—23. August, erweckten in dem Generaloberst v. Moltke den Glauben, daß die große Entscheidungsschlacht im Westen zu unseren Gunsten geschlagen sei, und daß die Franzosen, die ja ihren letzten Mann an die Front bringen mußten, sich von dieser Niederlage nicht wieder erholen könnten. Er glaubte den Augenblick gekommen, wo nach entscheidendem Siege im Westen im Sinne des großen Operationsplanes erhebliche Kräfte nach dem hart bedrängten Osten abgegeben werden könnten zum Suchen der Entscheidung auch dort. Dafür bestimmte er sechs Korps, darunter das 11. A.-K. und Garde-Res.-Korps. Diese beiden Korps befanden sich auf den sich berührenden Flügeln der 2. und 3. Armee, sie waren beim Angriff auf Namur verwendet und beim weiteren Vorgehen der 2. und 3. Armee über Namur hinaus gewissermaßen aus der vorbereiteten Kampflinie herausgedrängt worden. Die übrigen vier Korps, die nach dem Osten gehen sollten, zwei aus der Mitte, zwei vom linken Flügel des Westheeres, standen nicht sofort zur Verfügung, sie mußten erst aus der Front herausgezogen werden. Schnelle Hilfe sollte aber dem verübten unglücklichen Ostpreußen gebracht werden. So gingen die beiden Korps des rechten Heeresflügels nach dem Osten ab, während die übrigen vier Korps später zurückgehalten werden konnten.

Es ist ein tragisches Verhängnis, daß gerade der Generaloberst von Moltke, der jede Maßnahme besonders ernst und schwer durchdachte und der jedenfalls nicht zum Optimismus neigte, die Lage auf dem Westkriegsschauplatz auf Grund der eingegangenen Meldungen zu günstig beurteilte. Nur aus diesem Grunde gingen das 11. A.-K. und Garde-Res.-Korps dem rechten Heeresflügel verloren, um im Osten verwendet zu werden. In anderen Fällen wäre ihre Verwendung zusammen mit dem im Westen eintreffenden IX. Res.-Korps als neue Armee zur Verfügung der Obersten Heeresleitung rechtsrückenwärts gestaffelt hinter dem rechten Heeresflügel das Gegebene gewesen.

Die Sorge um den Osten wurde dem Generaloberst von Moltke durch den herrlichen Sieg bei Tannenberg genommen, an dem das 11. A.-K. und Garde-Res.-Korps sich nicht einmal mehr hatten beteiligen können.

Am 30. August wurde das Große Hauptquartier nach Luxemburg verlegt. Eine weitere Vorverlegung — geplant war bald darauf Metz — ist bis zur Marne-Schlacht mit Rücksicht auf die damals noch schwierige Fernsprechverbindung mit dem Osten nicht zur Durchführung gekommen.

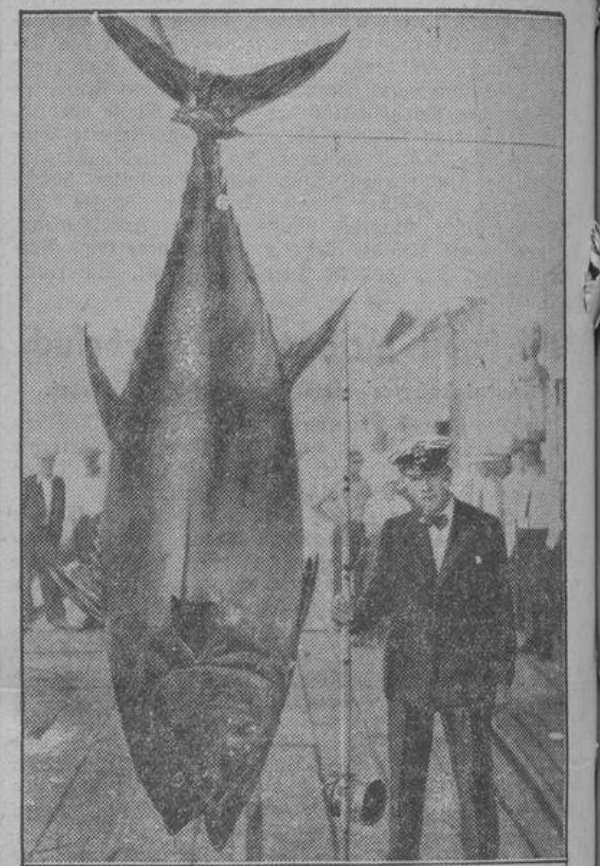
Beim weiteren Vorgehen des rechten Heeresflügels wurde Generaloberst von Moltke mehrfach vor den Entschluß gestellt, ob vor Ueberwinden schwieriger Geländeabschnitte zunächst innerhalb der Truppen aufgeschlossen werden sollte, um die Kräfte zusammenzufassen, oder ob er versuchen wollte, diese Abschnitte unmittelbar hinter dem weidenden Feinde her zu überschreiten. Ein Halten und Aufschließen hätte bedeutet, daß wir den Uebergang über solche Geländeabschnitte später durch eine neue Schlacht unter großen Verlusten erzwingen mußten, man hätte dem Feinde Zeit gegeben, sich zu setzen, zu ordnen und zu verstärken. Bei sofortigem Nachdrängen hinter dem weidenden Feinde her mußten die Abschnitte fast kampfflos ohne wesentliche Verluste in unsere Hand fallen. Generaloberst von Moltke hat sich in dem Drange nach vorwärts stets für weiteres unaufhalt-

bares Vorgehen über diese Abschnitte hinüber entschieden.

Anfang September gingen Nachrichten über starken Eisenbahnverkehr, ansehnend Truppentransporte, in Richtung auf Paris ein. Das bedeutete den Abtransport eines Teiles der bisher der 6. und 7. Armee gegenüber stehenden französischen Korps zum französischen linken Flügel. Ein Vorstoß des Gegners gegen die rechte Flanke und den rechten Flügel unseres Heeres wurde damit bei weiterem Vorgehen wahrscheinlich. Dieser Lage entsprechend gab Generaloberst von Moltke am 5. September neue Weisungen für die Armeen heraus.

Am 6. September setzten auf der ganzen Front Angriffe der Franzosen und Engländer ein. Die Marne-Schlacht begann. Schon am 6. September abends war Moltke durch einen bei einem französischen Gefangenen vorgefundenen Heeresbefehl des General Joffre über die feindlichen Absichten unterrichtet: „Die Deutschen sollten vom französischen Boden hinweggejagt werden.“ Das ist den Franzosen weder in der Marne-Schlacht noch durch ihre weiteren zahlreichen Angriffsschlachten der nächsten vier Jahre gelungen. — Beim Generalobersten von Moltke bestand nach Kenntnis der feindlichen Absichten zunächst das volle Vertrauen zu unseren deutschen Truppen, daß sie die feindlichen Angriffe ab schlagen würden. Eine Entscheidung brachte weder der 6. noch der 7. September, alle feindlichen Angriffe wurden abgewiesen. Ein unmittelbares Eingreifen in die Kampfhandlungen war zu dieser Zeit Moltke nicht möglich, die Lage war noch zu wenig geklärt und Reserven standen ihm nach Abgabe des XI. A.-K. und des Garde-Res.-Korps nach dem Osten nicht sofort zur Verfügung; die Heeresteile vom linken Flügel waren erst im Anrollen.

Seltene Beute eines Sportanglers.



Das Bild zeigt einen acht Zentner schweren Thunfisch, den ein Chicagoer Finanzmann gefangen hat.

Am 8. September fand mit dem Oberbefehlshaber der 6. Armee eine Besprechung statt zum Zwecke des Herausziehens weiterer Kräfte aus der 6. und 7. Armee für den rechten Heeresflügel.

Am 8. September wurde die Lage bei der 2. Armee unsicher. Nach einer eingehenden Besprechung entsand Generaloberst v. Moltke den Oberleutnant Hentisch zu den Armees-Oberkommandos des rechten Heeresflügels mit dem Auftrage, sich über die Lage bei den Armeen zu unterrichten, zu betonen, daß es jetzt darauf ankomme, auszuhalten, und nur für den Fall, daß bei seinem Eintreffen bereits rückgängige Bewegungen seitens der Armees-Oberkommandos angeordnet seien, dahin zu wirken, daß der Zusammenhalt der Armeen untereinander wiederhergestellt würde. Irgendwelche Vollmachten, rückgängige Bewegungen bei den Armeen seitens der Obersten Heeresleitung anzunehmen oder gutzuheißen, hat Oberleutnant Hentisch vom Generaloberst v. Moltke nicht erhalten. Von der Obersten Heeresleitung ist ein Befehl zu rückgängigen Bewegungen, (den bekanntlich Hentisch gegeben hat. Die Schriftleitung) nicht gegeben worden. Daß die Stimmung im Großen Hauptquartier auch noch am 9. September abends durchaus zuversichtlich war, beweist die Notiz in meinem Kriegstagebuch: „Wer jetzt aushart, ist Sieger“.

Am 10. September nachmittags kehrte Oberleutnant Hentisch zurück und berichtete über die Lage bei den Armeen. Auf Einzelheiten hierbei einzugehen, würde zu weit führen.

Am 11. September fuhr Generaloberst v. Moltke zur Front, um nach Rücksprache mit den Oberbefehlshabern der Armeen die durch die neue Lage bedingten Anordnungen zu treffen.

Auf dieser Fahrt ist Generaloberst von Moltke körperlich und seelisch zusammengebrochen, so daß seine Abreise als Chef des Generalstabes des Feldheeres erforderlich wurde. Von den Erschütterungen dieser Tage hat er sich nicht wieder erholt. Er ist am 18. Juni 1916 gestorben.

Der Zweck dieser Zeilen ist es, unserem deutschen Volke den Generalobersten von Moltke durch Darlegung der Gründe für seine Entschlüsse menschlich näher zu bringen. Auch er hat in dem großen Kriege in glühender Vaterlandsliebe mit erstem Pflanze und Verantwortungsgefühl als deutscher Soldat wie jeder andere auf seinem Posten bis zur letzten Kraft gekämpft und gerungen und sein Leben eingestiftet für seinen Kaiser, für sein Vaterland und seine deutschen Brüder.